

AStAventil

Ausgabe 133

Landtagswahl 2016

Der neue AStA stellt sich vor

Präsidium im Gespräch

Nacht der Wissenschaft



Editorial

Liebe Studis,

manchmal weiß ich gar nicht, ob es überhaupt noch eine Politiker*in gibt, die ich guten Gewissens wählen kann. Die grinsenden Gesichter auf den Wahlplakaten kommen mir von Tag zu Tag immer gruseliger vor. Trotzdem muss ich mir die Frage stellen: Welche Partei steht für die Welt, in der ich gern leben möchte?

Am 13. März ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. An diesem Tag könnt ihr für die nächsten 5 Jahre entscheiden, wer für euch entscheidet. Das ist in diesem Jahr wichtiger denn je, deshalb haben wir in diesem Wahl-Ventil den Direktkandidat*innen für Karlsruhe (Ost und West) einige Fragen gestellt. Damit könnt ihr euch einen guten ersten Eindruck machen - ganz besonders darüber, was die Parteien für uns Studis so zu bieten haben.

Schon seit langem setzt sich euer AstA für ein erschwingliches landesweites Semesterticket ein. In anderen Bundesländern ist es schon fast selbstverständlich, dass Studis mit ihrem Semesterticket im ganzen Land den ÖPNV benutzen können, meistens darf sogar jemand kostenlos mitkommen. In BaWü sind die Verantwortlichen leider sehr zögerlich. Für die Mobilität der Zukunft arbeiten wir außerdem in der brandneuen Projektgruppe Fahrradcampus an Lösungen für Radfahrende auf unserem Campus.

Bei dieser Landtagswahl geht es aber auch um die Verfasste Studierendenschaft (VS). Die CDU will deren Rechte deutlich einschränken. Wir vom AstA

wünschen uns, dass das KIT eine starke Verfasste Studierendenschaft behält, denn nur so kann diese sich weiterhin für eure Interessen einsetzen.

Das ist aber noch nicht alles - euch erwartet außerdem eine Erklärung zum Wahlsystem und zur Briefwahl, Statements verschiedener Hochschulgruppen und das Protokoll von "Präsidium im Gespräch". Bei dieser Veranstaltung gab KIT Vizepräsident Prof. Wanner Antworten zu Studium und Lehre. Die Studis stellten spannende Fragen zur Aufarbeitung der NS-Zeit und zur Inklusion von Menschen mit nicht-binärem Geschlecht. Außerdem sollte euch interessieren, was Prof. Wanner zur Schadstoffbelastung der Wiwi-Bauten zu sagen hat (Spoiler: nicht viel) und welche Einblicke es in die Dachstrategie 2025 gab.

Wir können das gar nicht oft genug sagen: Bleibt kritisch! Die Dinge sind nie so einfach wie sie scheinen. Fallt nicht auf den flachen Populismus und die Hetze herein, die dieser Tage viel zu allgegenwärtig geworden ist. Wie so oft gilt besonders für die Wahlentscheidung: "Die Angst ist keine gute Ratgeberin". Trefft eine informierte Wahl, mit der ihr (und all eure Mitmenschen) für die nächsten fünf Jahre gut leben könnt. Denn es geht um uns alle!

euer **AStA^{KIT}**

von Kai Wieland

Impressum

Das Ventil ist das offizielle Magazin des Allgemeinen Studierendenausschusses am Karlsruher Institut für Technologie.

Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind herzlich willkommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor*innen wieder.

Herausgeber: VS am KIT

Auflage: 800 Exemplare

Adresse: Adenauerring 7

Layout: Natascha Fernengel

76131 Karlsruhe

Hannah Günther

Telefon: 0721/608-48460

Kai Wieland

Web: www.asta-kit.de

Bilder: Hannah Günther, VS am KIT mit Material von thenoun-projekt.com, asta-kit.de, Fotos von den jeweiligen Direktkandidaten eigens zugeschickt, pixabay.com

E-Mail: ventil@asta-kit.de

V.i.S.d.P.: Johannes Dippert

Druck: Studierenden Service Verein (SSV)

Inhalt

- 4** **Der neue AStA stellt sich vor**
New Kids on the Block
- 8** **Die Verfasste Studierendenschaft**
Der AStA erklärt
- 11** **Präsidium im Gespräch**
Protokoll des Themenabends
- 16** **Landtagswahl 2016**
Das Wahlsystem in Kürze
- 17** **Briefwahl**
Wie funktioniert das?
- 18** **Wahlprüfsteine**
Der AStA befragt die Karlsruher Direktkandidaten
- 32** **Kommentare der Hochschulgruppen**
Statements zur Landtagswahl
- 34** **Kommentar eines Studenten**
von Florian Breuer
- 35** **Die erste Nacht der Wissenschaft**
Über 1000 Wissensdurstige

Kontakt

Tel: 0721/608-48460

Fax: 0721/608-48470

E-Mail

Allgemein: info@asta-kit.de

Fahrzeugvermietung: theke@asta-kit.de

Druckerei: druckerei@asta-kit.de

Außerdem lohnt sich ein Besuch auf
www.asta-kit.de

Facebook: www.facebook.com/ASTA.KIT

Twitter: www.twitter.com/AStA_am_KIT

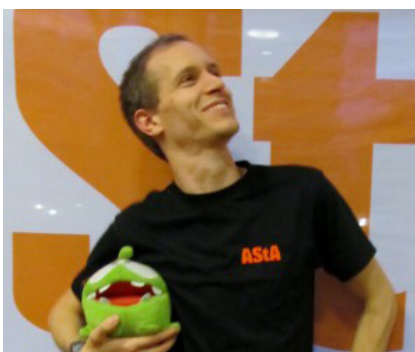
Der neue AStA stellt sich vor

New Kids on the Block



Von links nach rechts: Nu Hartmann, Zacharias Heck, Martin Junk, Hannah Günther, Johannes Dippert, Mohammad Al Kaddah, Daniel Sobing, Andrej Rode, Christian Singe, Nicholas Heyd-Hansen. Nicht auf dem Foto: Jan Senger, Thomas Wacker

Seit dem 17. November 2015 können sich stolze sieben Neuankömmlinge zum AStA zählen. Die ersten Projekte dieser Amtszeit waren eine DRK-Blutspendeaktion in der Mensa und im Festsaal des Studentenhauses am 2. Dezember 2015, die Unterstützung der Hochschulgruppe „Nacht der Wissenschaft“ am 29. Januar 2016 und die Gründung des Arbeitskreises „eLearning“. Eines unserer nächsten Projekte ist der AK „Fahrrad-campus“ mit dem wir durch Fahrradwerkstätten ein fahrradfreundlicheres Klima auf dem Campus schaffen wollen. Was jede*r Referent*in sich persönlich vorgenommen hat, könnt ihr in den kurzen Steckbriefen auf den folgenden Seiten nachlesen. So startet ein Team aus frischen und motivierten Studis ins neue Semester!



Vorsitz Johannes Dippert

Kontakt

Tel: 0721/608-48468

E-Mail: vorsitz@asta-kit.de

Sprechzeiten

Mittwoch: 11:00-14:00

Ich bin Joe und Vorsitzender der Verfassten Studierendenschaft am KIT. Ich studiere Wirtschaftsingenieurwesen im 1. Mastersemester und fahre mit dem Rad zur Uni. In meiner Freizeit organisiere ich Konzertveranstaltungen in meiner Heimat.

Als Vorsitzender liegt der Schwerpunkt meiner Arbeit auf der Organisation des AStA und der Vertretung der Studierendenschaft gegenüber dem KIT und der Öffentlichkeit. Ich koordiniere die Aktivitäten der Referate und stehe ihnen beratend bei. Nebenher habe ich in der Projektgruppe Fahrradcampus aktiv, damit unser Campus fahrradfreundlicher wird.

Meinen Bachelor habe ich an der TU Ilmenau absolviert und war dort in der Fachschafts- und Studierendenvvertretung aktiv. Daneben habe ich in einer studentischen Unternehmensberatung und bei Ingenieure ohne Grenzen mitgearbeitet. Ich war also ein sehr aktiver Student am Campus in Ilmenau und bringe mich, nach einem Auslandsjahr in Kalifornien, nun am KIT voll ein. Fürs erste bin ich hier vollständig auf die Aufgaben als AStA Vorsitz konzentriert, um den eigenen Ansprüchen an meine Arbeit genügen zu können.

Bei Fragen könnt ihr euch direkt an mich wenden, gerne aber auch an das zuständige Referat :o)

Hallo, ich bin 26 Jahre alt und studiere im 7. Semester Wirtschaftsingenieurwesen am KIT.

Ich engagiere mich bereits seit 6 Jahren politisch bei den Jusos. Erst in Darmstadt, wo ich mein Abitur, den Zivildienst als auch meine Ausbildung zum Industriekaufmann absolvierte, danach mit Beginn des Studiums am KIT. Nun mache mich im AStA stark für die Studierendenschaft.

Dies setze ich in meinem Amt als Finanzer um und kümmere mich um die finanziellen Angelegenheiten der Studierendenvertretung. Wenn ihr kaufmännische Fragen habt, insbesondere wegen eurer Fachschaft, eures Vereins oder Hochschulgruppe, stehe ich euch zur Verfügung. Ihr könnt mich während der Sprechzeiten persönlich antreffen oder mich einfach per E-Mail erreichen.



Finanzen Daniel Sobing

Kontakt

Tel: 0721/608-48469

E-Mail: finanz@asta-kit.de

Sprechzeiten

nach Vereinbarung



Inneres

Nicholas Heyd-Hansen

Kontakt

Tel: 0721/608-48460

E-Mail: innen@asta-kit.de

Sprechzeiten

Montag: 11:30-13:00

Hallo, ich bin Nicholas, 25 Jahre alt und studiere Chemie am KIT. Seit Beginn meines Studiums engagiere ich mich in der Fachschaft mittlerweile immerhin 4 Jahre. Meine Erfahrungen aus dieser Zeit möchte ich nun nicht nur an jüngere Fachschaftler weitergeben, sondern auch dazu nutzen, alle Fachschaften des KIT zu unterstützen. Mein Ziel ist es, einerseits die Kommunikation zwischen AStA und Fachschaften und andererseits den Fachschaften untereinander zu verbessern.

Daneben ist es mir auch ein wichtiges Anliegen, die studentischen Vertreter in den Gremien der Universität (Senatskommissio-

nen, etc.) zu vernetzen und durch den Austausch mit den Fachschaften/dem AStA für optimale Vertretung der Studierenden in diesen Gremien sorgen.

Auch um die Hochschulgruppen werde ich mich kümmern, gebe aber die meisten Aufgaben aus diesem Bereich an den bisherigen Innen-Referenten Andrej ab, der als hinzugezogener Referent dieses Thema weiter bearbeiten wird.

Für weitere Themen bin ich jederzeit offen. Wenn ihr also Fragen habt, bei denen ich euch helfen könnte, kommt vorbei, ruft an oder schreibt eine Mail.

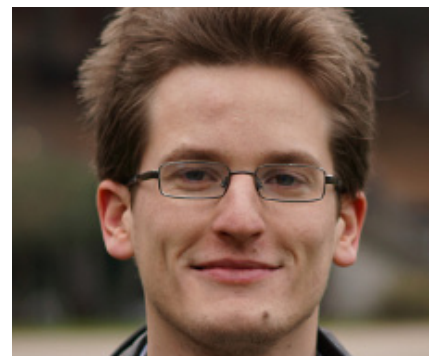
Mein Name ist Jan, ich bin 26 Jahre alt und studiere jetzt im 5. Semester Elektrotechnik.

Ursprünglich komme ich aus Bremen, wo ich auch meine Ausbildung zum Elektroniker absolviert habe bevor ich mich entschlossen habe in diese wunderschöne Stadt Karlsruhe zu kommen um hier zu studieren.

Die Studierenden stellen die größte Gruppe am KIT dar und können mit einer starken Interessenvertretung die Rahmenbedingungen zum Studieren positiv

beeinflussen. Ich engagiere mich deswegen jetzt seit fast ein- und einhalb Jahren im AStA und fülle seitdem das Referat für Äußeres aus.

Als Außenreferent ist meine Hauptaufgabe, die Studierenden des KIT gegenüber dem Land, dem KVV und anderen zu vertreten und den AStA mit anderen Hochschulen, Arbeitskreisen und Bündnissen zu vernetzen, um den Interessen der Studierenden mehr Gewicht zu verschaffen.



Außen Jan Senger

Kontakt

Tel: 0721/608-48460

E-Mail: aussen@asta-kit.de

Sprechzeiten

nach Vereinbarung



Soziales Thomas Wacker

Kontakt

Tel: 0721/608-48460

E-Mail: sozial@asta-kit.de

Sprechzeiten

Mo, Do: 11:30-13:30

Fr: 11:00-15:00

Hallo, mein Name ist Thomas Wacker, ich bin 26 Jahre alt und studiere im 7. Bachelor-Semester Europäische Kultur- und Ideengeschichte.

Hobbymäßig befinde ich mich grob innerhalb meines Studienganges, sodass erhaltende und pflegende Retrokulturen der Video- und Computergaming-Szenen dazu gehören. Auch die Denkmalpflege, allgemeine Technikgeschichte, -philosophie und politische Philosophie befinden sich darunter.

Nachdem letztes Jahr das Referat für Queeres mein Resort

war, wurde ich dieses Jahr zum Sozial-Referent der Verfassten Studierendenschaft gewählt. Hier sind meine Aufgaben die Beratung der Studierenden bei Fragen zu BAföG, Studienfinanzierung, Wohnungsfindung, aber auch die Pflege des Freitischkartenprogrammes. Hier können sozial schwache Studierende eine Freitischkarte mit einem monatlichen Budget beim Studierendenwerk beantragen.

Solltet ihr Fragen, gerne auch außerhalb meiner AstA-Tätigkeit, haben, könnt ihr mir gerne eine Mail schreiben.

Hallo! Ich bin 20 Jahre alt und studiere Wissenschaft-Medien-Kommunikation im 3. Semester. Seit 2013 bin ich außerdem Mitglied der Jungen Presse e.V.

Neben meiner Pressearbeit im AstA engagiere ich mich seit dieser Amtsperiode auch im StuPa.

Als Pressereferentin ist es meine Aufgabe, den monatlichen Newsletter herauszugeben, die Facebookseite des AstA zu aktualisieren und Pressemitteilungen zu schreiben. Außerdem stelle ich das Ventil zusammen.

Jeder, dem ein interessantes Thema am Herzen liegt, ist herzlich dazu eingeladen, einen Artikel im Ventil zu veröffentlichen. Fachschaften, Hochschulgruppen und studentische Kulturmacher (wie z. B. AKK oder Z10) dürfen hier auf sich aufmerksam machen und für Veranstaltungen werben.

Wenn du dich einbringen möchtest oder Fragen zum Schreiben von Artikeln hast, komme gerne im AstA-Büro vorbei oder maile mir einfach. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit!



Presse Hannah Günther

Kontakt

Tel: 0721/608-48460

E-Mail: presse@asta-kit.de

Sprechzeiten

Montag: 14:00-15:30



Kultur Zacharias Heck

Kontakt

Tel: 0721/608-48467

E-Mail: kultur@asta-kit.de

Sprechzeiten

Montag: 11:30-14:00

Hallo, mein Name ist Zacharias Heck, ich studiere Bioingenieurwesen am KIT.

Inzwischen bin ich in meinem zweiten Jahr im AstA als Kulturreferent aktiv und konzentriere mich auf die verschiedenen studentischen Kulturgruppen. Hier läuft derzeit einiges, so hat sich zum Beispiel zu den etablierten Gruppen nun eine Kabarettgruppe gesellt und die drei studentischen Theatergruppen planen, ein Musical auf die Beine zu stellen.

Großes Thema für alle Kulturgruppen ist natürlich die Kulturförderung, da spielt sich gerade mit einem Geschäftsfüh-

rungswechsel einiges am Studentischen Kulturzentrum (SKUSS) ab, aber auch wie die Verfasste Studierendenschaft neben der normalen Hochschulgruppenförderung speziell Kulturangebote unterstützen kann, ist gerade eine zentrale Frage.

Weiterhin wird definitiv die Vernetzung nach Außen, zu Kulturförderern und Kulturveranstaltern in Karlsruhe, ein Thema sein. Gemeinsame Projekte mit dem Badische Staatstheater, oder auch dem ZKM und vielen weiteren Organisationen bieten einige Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt.

Ich bin Nu, 25 Jahre alt und studiere Informatik im 9. Semester Bachelor.

Als das Chancengleichheitsreferent des AstA biete ich Hilfe bei Fragen und Problemen aus dem studentischen Alltag:

- Studieren mit Kind
- Studieren mit Handicap
- Diskriminierung
- Sexismus
- Sexuelle Belästigung

Zusätzlich widme ich mich den Aufgaben des Queer-Referates. Dort geht es vor allem um die Interessensvertretung für schwule, lesbische, bisexuelle, asexuelle, transsexuelle, transidente, intersexuelle und queere* Studierende.

Für Fragen stehe ich in meiner Sprechstunde und per Mail gerne zur Verfügung.



Kontakt

Tel: 0721/608-48460
E-Mail: queer@asta-kit.de

Sprechzeiten

Dienstag: 13:00-15:00

Chancengleichheit/Queer
Nu Hartmann



Hallo, ich bin Andrej und studiere Elektrotechnik und Informationstechnik hier am KIT. Ich bin 22 Jahre alt, mache derzeit meinen Bachelor und engagiere mich nun als Innen-Referent beim AstA.

Ich helfe den zahlreichen Hochschulgruppen an der Uni bei Fragen zu Formalien, direkten Problemen und bei Organisatorischem.

Insbesondere nehme ich die Regis-

trierung entgegen und beantworte Fragen, die ihr dazu habt. Zudem werde ich helfen, dass Hochschulgruppen in Zukunft enger zusammenarbeiten.

Dabei werde ich das Projekt „Engagier Dich!“ fortführen und auch einmal im Semester einen Hochschulgruppen-Roundtable organisieren.

Wenn ihr Fragen oder Anregungen zu einem der Themen habt, schreibt mir einfach. ;-)

Inneres-Hochschulgruppen
Andrej Rode

Kontakt

Tel: 0721/608-48460
E-Mail: innen-hsg@asta-kit.de

Sprechzeiten

Dienstag: 13:00-15:00

Hallo, ich bin Martin und studiere im 7. Semester Maschinenbau.

Wir Studis haben am KIT viele Einflussmöglichkeiten auf die Ausgestaltung der Uni - nur fast niemand weiß leider davon und noch weniger bekommen mit, was z.B. das KIT demnächst mit eLearning machen möchte.

Ich möchte, dass Studis wieder darüber diskutieren, wie die Uni in Zukunft aussehen soll. Dafür braucht sie bessere Informationskanäle und

Strukturen. Diese zu organisieren, habe ich mir für die Arbeit im AstA vorgenommen.

Ich bin gerne Ansprechpartner für irgendwelche Dinge, die mit politischer Bildung am Campus zusammenhängen, und freue mich darauf, Ideen einzubringen und nach Möglichkeit Initiativen zu unterstützen.

Schreibt mir ne Mail oder schaut einfach mal im AstA vorbei. :)



Kontakt

Tel: 0721/608-48460
E-Mail: pb@asta-kit.de

Sprechzeiten

Mittwoch: 12:00-13:30

Inneres-Politische Bildung
Martin Junk



Kultur-Unifest

Christian Singe

Kontakt

Tel: 0721/608-48460
E-Mail: unifest@asta-kit.de

Sprechzeiten

Mittwoch: 12:00-13:30

Hi, ich bin Chris und hauptsächlich für das Unifest zuständig. Unifest? Unser Unifest ist eines der größten studentischen Festivals in Süddeutschland und wird vollständig ehrenamtlich vom Festkomitee organisiert.

Dafür gibt es mehr als genug zu tun und ich bin immer auf der Suche nach Fest-begeisterten Menschen. Egal ob als Organisator oder einfach nur als Helfer.

Neben dem Unifest stehe ich euch als Ansprechpartner für Veranstaltungen auf dem Campus zur Verfügung und kümmere mich als Kulturreferent um die Verbesserung der Möglichkeiten, diese auf dem Campus durchzuführen.

Student bin ich natürlich trotzdem: Ich studiere Elektro- und Informationstechnik hier am KIT und schreibe ab Februar meine Masterarbeit. Nachdem ich letztes Jahr ab Februar hinzugezogener AstA-Referent für das Unifest war, bin ich seit November gewählter Kultur Referent. Auch bei diversen Fachschafts- und AKK-Veranstaltungen kann man mich immer mal wieder antreffen.

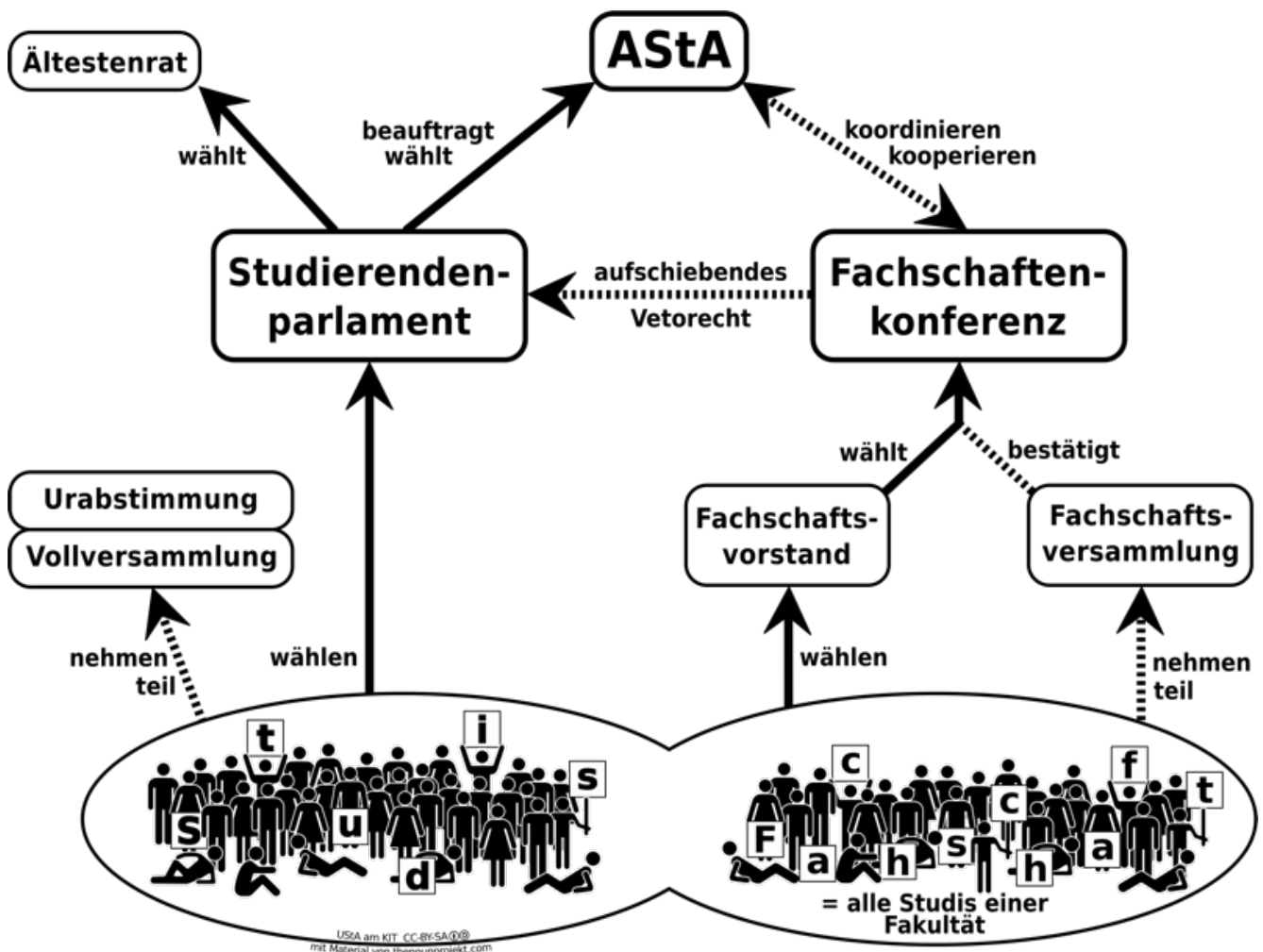
Wenn du weitere Fragen zu deiner Veranstaltung oder Interesse, Ideen und Anmerkungen zum Unifest hast, kannst du dich gerne bei mir melden! :-)

Verfasste Studierendenschaft

Der AStA erklärt

Im Juni 2012 hat der Landtag von Baden-Württemberg die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) beschlossen. Damit gibt es erstmals nach 1977 wieder die gesetzlich verankerte Studierendenvertretung in Baden-Württemberg und seit der Konstituierung der Studierendenschaft im Oktober 2013 auch am KIT. Mittlerweile ist der dritte AStA im Amt und die VS etabliert sich zunehmend am KIT. Unter anderem vom Landesrechnungshof wird uns sogar eine sehr gute Umsetzung der VS bescheinigt. Man kann sagen: Es läuft alles rund.

Die 2016 für den Landtag kandidierenden Parteien haben allerdings sehr unterschiedliche Meinungen zur VS. Das Thema ist also nach wie vor brandaktuell, daher haben wir für euch hier nochmal alles wichtige über die Studierendenschaft am KIT zusammengestellt:



Jährliche Wahlen im Sommersemester

Die Wahlen zum Studierendenparlament und zu den Fachschaftsvorständen finden jedes Jahr im Sommersemester statt. Die Amtszeit beginnt am 1. Oktober und geht bis zum 30. September des darauffolgenden Jahres.

Urabstimmung und Vollversammlung

Zu besonderen, grundlegenden Fragen können Vollversammlungen einberufen oder Urabstimmungen abgehalten werden. Bei einer Vollversammlung sind alle Studierende aufgerufen, sich an Entscheidungen per Diskussion und anschließender Abstimmung zu beteiligen. Bei einer Urabstimmung habt ihr fünf Tage Zeit, um eure Stimme zu einer konkreten Fragestellung abzugeben.

Ältestenrat (ÄRa)

Der Ältestenrat ist das Schlichtungsorgan der Studierendenschaft. Er setzt sich aus Studis zusammen, die sich vor ihrer Amtszeit in der Studierendenschaft engagiert haben. Mit dieser Erfahrung im Hintergrund entscheidet der Ältestenrat in Streitfragen, etwa bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Satzung. Außerdem ist er für die Aufhebung satzungswidriger Beschlüsse und die Prüfung von Anfechtungen der Wahlen zuständig.

AStA

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) ist die Exekutive der Studierendenschaft. Seine Mitglie-

der werden vom Studierendenparlament gewählt. Sie vertreten die Studierenden nach Maßgabe der StuPa-Beschlüsse, z. B. gegenüber der KIT-Verwaltung, der Stadt oder der Landesregierung. Der AStA setzt sich aus dem Vorsitz und verschiedenen Referaten (Finanzreferat, Kulturreferat, Pressereferat etc.) zusammen, die jeweils für ein bestimmtes Themengebiet zuständig sind.

Studierendenparlament (StuPa)

Das Studierendenparlament (kurz StuPa) ist die Legislative der Studierendenschaft (analog zum Bundestag). Es ist im Prinzip für alles zuständig, was Studierende aus mehr als einem Fachbereich betrifft. Es wählt z. B. den AStA (quasi die „Bundesregierung“) und entsendet Vertreter in alle offiziellen Gremien des KIT. Außerdem wird im StuPa über alle Themen diskutiert und beschlossen, die die Studierendenschaft betreffen. Das sind zum Beispiel der Haushalt der VS, die Vergabe der Qualitätssicherungsmittel oder die Nachwirkungen der KIT-Fusion. Viele der im StuPa behandelten Themen klingen vielleicht abstrakt und fern deines Alltags – oft ist das aber nur so, weil StuPa und AStA rechtzeitig gehandelt haben und so verhindern konnten, dass Probleme für die Studierenden entstehen oder größer werden.

Fachschaftenkonferenz (FSK)

In der Fachschaftenkonferenz (kurz FSK) treffen sich wöchentlich Vertreter aller Fachschaften und des AStA. Die FSK dient vor allem der Verständigung zwischen den Fachschaften. Viele Fachschaften werden mit ähnlichen Problemen konfrontiert und ein Erfahrungsaustausch spart somit oft Zeit und Mühe. Darüber hinaus hat die FSK auch ein aufschiebendes Vetorecht bzgl. der Beschlüsse des Studierendenparlaments. Sie stellt somit eine Art zweite Kammer der Legislative (ähnlich dem Bundesrat) dar.

Fachschaften

Die Fachschaften sind die studentischen Interessenvertretungen auf Fakultätsebene. Sie sind im Studium oft dein erster und bester Ansprechpartner. Alle Fachschaftler sind selbst Studierende und kennen daher aus eigener Erfahrung die Hürden und Tücken deines Studienganges. Die Fachschaften regeln in ihrer Fachschaftsordnung selbst, wie sie sich organisieren möchten. Die Satzung macht lediglich grundlegende Vorgaben, wie die Existenz eines Fachschaftsvorstands und der Fachschaftsversammlung.

Hochschulgruppen

Hochschulgruppen sind studentische Gruppen, die sich als solche beim Vorstand der Studierendenvertretung registriert haben. Das Spektrum ist hier sehr groß: Von Sport, Technik und Kultur bis hin zu politischen Gruppen gibt es beinahe alles.

Arbeitskreise

Arbeitskreise werden vom StuPa zu bestimmten Themen eingerichtet. Hier kannst du auch ganz einfach und ohne weitere Verpflichtungen mitarbeiten. Im Moment gibt es z.B. den AKK, den AK Studiticket und den AK eLearning.

Öffentliche Sitzungen

Alle Sitzungen und Protokolle der Gremien sind selbstverständlich öffentlich, d. h. du kannst jederzeit vorbeikommen oder die Protokolle lesen. Ort und Zeit der Sitzungen sind auf den entsprechenden Internetseiten zu finden.

Die gesamte Satzung gibt es auch im Internet oder auf totem Baum beim AStA und bei jeder gut sortierten Fachschaft.

Ein Blick in die Vergangenheit

Der UStA 2011 über die Verfasste Studierendenschaft

In den Bereich der studentischen Selbstverwaltung ist Bewegung gekommen. Im Landtag in Stuttgart wurde im Oktober eine Anfrage der Fraktionen der Regierungskoalition und im Dezember ein Gesetzentwurf von SPD und Grünen behandelt. Wir möchten euch die spannende Diskussion darüber nicht vorenthalten und die beiden Papiere kurz präsentieren:

Das StuPa hat dazu in seiner Sitzung vom 11.01.2011 folgenden Beschluss gefasst:

„Das Studierendenparlament der Universität Karlsruhe (TH) begrüßt, dass das MWK sich mit der nicht hinreichenden stud. Mitbestimmung beschäftigt. Das vorgeschlagene Modell stellt jedoch in keiner Weise eine Alternative zur seit jeher geforderten Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, die über Finanz- und Satzungsautonomie sowie ein politisches Mandat verfügt, dar.“

Hauptkritikpunkte waren dabei, dass das Ministerium zwar feststellt, dass die aktuelle Situation inakzeptabel ist, jedoch aufgrund mangelnder Kenntnis der tatsächlichen Situation an den Hochschulen sowie politischer Ängste die falschen Schlüsse zieht. Die im Beschluss des StuPa genannte Autonomie ist das zentrale Element der studentischen Selbstverwaltung; darauf kann unter keinen Umständen verzichtet werden. Das neue Modell sieht zudem eine Struktur vor, bei der die Hauptlast auf wenigen zentralen studentischen Hochschulpolitikerinnen liegt, was, wie die Erfahrungen mit der aktuellen Situation zeigen, nicht zu leisten ist.

Außerdem will das Ministerium bei den Fachschaften nichts am Gesetz ändern, da sie sich bewährt hätten. Dabei wird ignoriert, dass auch die Fachschaften heute nur funktionieren, weil sie im U-Modell als eigenständige Vereine organisiert sind. Dieser Unterbau stellt u.a. die Vernetzung in der Studierendenschaft sicher und sorgt damit dafür, dass die Fachschaft effektiv arbeiten kann. Nach dem Gesetz besteht die Fachschaft nur aus den studentischen Mitgliedern des Fakultätsrats.

Der Gesetzentwurf von SPD und Grünen orientiert sich in weiten Teilen an den Hochschulgesetzen anderer Länder und verwirklicht die zentralen Forderungen des Unabhängigen Modells an eine gesetzliche Verankerung der Studierendenschaft: Satzungs- und Finanzautonomie sowie ein politisches Mandat.

Das StuPa hat dazu folgenden Beschluss gefasst:

„Das StuPa begrüßt den Gesetzesvorschlag von SPD und Grünen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft.“

Insbesondere die weite Auslegung des hochschulpolitischen Mandats sowie die Möglichkeit, an jeder Hochschule eine eigene, den Bedingungen angepasste Struktur einzuführen, stießen hierbei auf positive Reaktionen

Der Antrag von SPD und Grünen wurde – erwartungsgemäß – im Landtag abgelehnt. Der UStA war vor Ort und hat die Debatte für euch verfolgt – neue Argumente gab es nicht. Dafür wurde uns unterstellt, bei Einführung einer Verfassten Studierendenschaft

würden wir nahtlos an die angeblichen linksterroristischen Sympathisanten in den ASTen der späten 70er-Jahre anknüpfen. Diese vorgeblichen Verbindungen in RAF-Kreise waren damals der offizielle Grund für die Landesregierung, die Verfasste Studierendenschaft abzuschaffen. Es kann sich jeder selbst ein Bild darüber machen, wie ernst das zu nehmen ist, wenn Ministerpräsident Fibinger gleichzeitig der Meinung war, die Lage sei eine andere, wenn es gelänge „mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union die ASTen zu besetzen“...

von Anselm Laube

Präsidium im Gespräch

Protokoll des Themenabends

Am Montag, 23. November war KIT-Vizepräsident Prof. Wanner im Z10 zu Gast, um Fragen der Studierenden zu beantworten. Wichtige Themen waren:

- Probleme bei der Zeugnisausstellung
- Evaluationsverfahren
- Räume für Gremienarbeit
- KIT-Dachstrategie 2025
- Schadstoffbelastung von Gebäuden
- Aufarbeitung der NS-Zeit
- Inklusion von Personen mit nicht-binärem Geschlecht
- digitale Vorlesungsmaterialien
- Exzellenzinitiative

Bearbeitungszeit der Bachelorarbeits-Zeugnisse

Frage: Von meinen Freunden, die ihre Bachelorarbeit schon abgegeben haben, weiß ich, dass ich, bis ich mein Zeugnis kriege, auch noch mal mehrere Monate warten kann, wenn ich mich jetzt für einen Masterstudiengang an einer anderen Uni bewerben möchte, was ich demnächst tun will.

Wie soll ich denen erklären, dass ich schon vor fast einem Jahr oder einem halben Jahr meinen Abschluss gemacht habe, aber immer noch nicht wirklich weiß, wann ich mein Zeugnis bekomme? Und wann können wir damit rechnen, dass sich der Prozess der Zeugnisausstellung tatsächlich beschleunigt?

Prof. Wanner: Es ist vor anderthalb Jahren ein viel größeres Problem gewesen als sie es gerade beschreiben. Da waren die Bearbeitungszeiten der Zeugnisse katastrophal lang, über ein Jahr zum Teil. Die Verteilung, die Durchschnittszeiten usw. waren sehr, sehr schlecht. Wir haben uns dann letztes Jahr im Sommer intensiv damit auseinandergesetzt

und einen Prozess aufgesetzt, der das verbessern soll. Dadurch sind nach relativ kurzer Zeit die wirklich sehr langsamen Zeugnis-Ausstellungszeiten alle verschwunden; diese Beschwerden gibt es jetzt eigentlich schon nicht mehr. Die Probleme, dass einzelne Zeugnisse außerordentlich lang gedauert haben, sind schon abgestellt.

Es gibt zwei Teilabschnitte im Prozess der Zeugnisausstellung, die mir immer noch Sorgen machen: Das ist zum einen die Bearbeitungszeit auf Seiten der Betreuer, da sehen wir am KIT riesige Unterschiede. Gerade letzte Woche habe ich mir eine Übersicht zeigen lassen, in der für jeden Studiengang dargestellt ist, wie lang diese Zeit benötigt bis die letzte Note definiert ist und ans Studienbüro übermittelt wurde. Da haben wir ganz große Unterschiede von Fakultät zu Fakultät und von Studiengang zu Studiengang. Da gibt es ganz viele Studiengänge wo das absolut im grünen Bereich ist, wo man sagen kann das geht wirklich flott und zuverlässig. Das zeigt auch dass es geht, dass es kein prinzipielles Problem sein muss. Es ist zu sehen, dass es viele Studiengänge gibt, in denen das kein Problem ist, und es einzelne Studiengänge gibt, wo es sehr lange dauert.

Ich werde jetzt mit denen, bei denen es besonders lange dauert, direkt ins Gespräch gehen und fragen woran das liegt und was sie da verbessern können. Es nützt aber nichts, sich vor eine große Gruppe zu stellen und mit allen gleichzeitig zu reden, sondern man muss das von dort aufrollen, wo im Moment die größten Missstände sind.

Ich sehe keinen sachlichen Grund, warum es so lange dauern soll. Es ist auf jeden Fall gegen die Studienprüfungsordnung und daran können Sie sich auch selbst

erinnern. Sie können auch am Institut eine 4,0-Bescheinigung verlangen, da gibt es eigentlich keinen Grund, warum man die nicht schnell ausstellen können sollte. Und mit dieser Bescheinigung können sie dann auch im Studienbüro eine Bescheinigung erhalten, die klarstellt, dass Sie das Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Das ist zwar nicht so schön wie ein Zeugnis, aber zumindest die formalen Probleme sollten sie dann nicht haben, also sie können dann eingestellt werden.

Zwischenfrage aus dem Publikum: Gibt es da eine Zielzeit, wann eine Bachelorarbeit korrigiert sein sollte?

Prof. Wanner: Das steht sogar in der Prüfungsordnung und gibt eine klare Muss-Zeit vor. Das heißt, Sie haben einen Rechtsanspruch, nach wie viel Zeit nach Ihrer letzten Studienprüfungsleistung Sie Ihr Zeugnis bekommen müssen. Es ist aber ein wirklich vielschichtiges Problem. Es gibt einen Studiengang, da gibt es fast schon eine Allianz zwischen den Prüfern und den Studierenden, da wird die Note der Bachelorarbeit bewusst zurückgehalten, damit sie noch ein Praktikum machen können. Und das schlägt natürlich auf die Statistik.

Räume für Gremienarbeit

Mohammad Al Kaddah: Die Hochschulgruppen dürfen eine bestimmte Zahl an Raumslots beantragen. Das sind insgesamt 25 pro Semester. Jedoch reichen diese nicht aus für alle Hochschulgruppen aus. Wir haben etwa 80 oder 90, die registriert sind, und das reicht kaum. Woran liegt das?

Prof. Wanner: Das liegt am Raum- und Personalmangel. Am

allerwichtigsten ist es erst mal, Studium und Lehre zu ermöglichen, das heißt, dass alle Lehrveranstaltungen einen Raum finden und dass die Räume so ausgestattet sind, wie benötigt. Das alleine ist schon ein großes Unterfangen. Die Ressourcensituation reicht für eine bestimmte Zahl von Hausmeistern und Putzpersonal. Mehr Räume in den Abendstunden zur Verfügung zu stellen, wäre mit immensen zusätzlichen Kosten verbunden. Und dafür sind die Ressourcen einfach nicht da. Ich habe mich selber schon dafür eingesetzt: Als das neue Lernzentrum am Fasanenschlösschen eingeweiht wurde, haben wir da dafür gesorgt, dass ein Raum für Gremienarbeit zur Verfügung steht. Das war ein nicht einfach, weil es hohe Kosten verursacht. Es ging ja hauptsächlich um die Abendstunden und dafür muss der Hausmeisterservice gewährleistet werden. Es muss auch garantiert sein, dass der Raum am nächsten Morgen um 8 uneingeschränkt für die Lehre zur Verfügung steht. Wenn man beliebig viele Abendveranstaltungen zulassen wollte, müsste man dafür zusätzliches Personal einstellen, aber diese Stellen haben wir einfach nicht. Oder man müsste am Tagesbetrieb sparen. Das ist für mich keine Alternative. Bevor wir Studium und Lehre beeinträchtigen, machen wir lieber an der Stelle Kompromisse.

Zacharias Heck: Ich bin aus dem Kulturbereich, wir haben auch für Kulturveranstaltungen, Feste und Theaterproben Raumprobleme und eine relativ gute Regelung in den Startlöchern: Dass man sich als Studierende selbst betreuen kann. Habe ich Sie richtig verstanden, dass es vom KIT her nicht möglich ist, dass sich Studierende für eine Gruppe in die Räumlichkeiten einweisen lassen und Verantwortung dafür tragen?

Prof. Wanner: Doch, das kann man schon machen, mit einer begrenzten Zahl von Räumen. Das Problem ist: Natürlich können Studierende den Raum

nutzen, aber die Verantwortung dafür, dass der Raum am nächsten Morgen geputzt zur Verfügung steht, können sie letztlich nicht übernehmen. Das können sie verbal äußern, aber was, wenn sie es nicht machen? Der Dozent wird sich nicht an den AStA wenden, sondern richtigerweise an die zuständige Abteilung Allgemeine Services. Das muss nur ein, zwei mal schiefgehen und dann haben wir ganz große Probleme.

Johannes Dippert: Es gibt ja diese 25 Räumlichkeiten, die Studierende nutzen können, gab es da in der Vergangenheit größere Probleme? Gibt es dazu Statistiken?



Prof. Wanner: Ich bin für diese Frage der Falsche, da müsste jetzt derjenige hier sitzen, der für die Finanzen und Bewirtschaftung der Räume zuständig ist. Eine generelle Freigabe der Räume für Nicht-Lehrveranstaltungen in den Abendstunden ist nicht möglich. Da ist nichts zu machen, weil die Lehrseite das Risiko als zu groß einschätzt, die Räume grundsätzlich freizugeben.¹

Herr Dippert: Finde ich schade, dass so ein Vertrauensdefizit besteht.

Prof. Wanner: Das ist Erfahrung! Das betrifft auch nicht speziell die Studenten, sondern alle Nutzer.

Als ich noch Professor am Institut war, habe ich auch manchmal Räume außerhalb der normalen Zeit benötigt. Und wir mussten auch immer dafür bezahlen. Weil die Abmachung war: Es genügt eben nicht, dass man selber sagt „wir räumen dann alles auf“. Das Facility-Management hat gesagt, sie müssen für ein bestimmtes Level an Qualität geradestehen. Deswegen wollen sie auch, dass hinterher noch jemand durchgeht und alles kontrolliert.

Dachstrategie KIT 2025

Herr Dippert: Können Sie kurz die Ziele der Dachstrategie KIT 2025 im Bereich Studium und Lehre erläutern?

Prof. Wanner: Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich mit dem Volltext zu beschäftigen. Jede Interpretation kann zu Missverständnissen führen. Der ist im Intranet des KIT erhältlich. Das Papier ist relativ frisch und ist eine Strategie für die nächsten zehn Jahre. An der Stelle können schon die ersten Missverständnisse entstehen, dass die Leute meinen, das was drin steht, wird sofort umgesetzt und gilt ab heute. Das ist nicht der Fall, sondern das ist ein Entwicklungsplan bis zum Jahr 2025. Hier ist aufgeschrieben, wie sich das Präsidium im Einvernehmen mit dem KIT-Senat und dem Aufsichtsrat - also mit einer ganz breiten Allianz - vorstellt, wie das KIT 2025 aussehen könnte. Es gibt sieben Kapitel: Mission, Forschung, Lehre, Innovation, wissenschaftlicher Nachwuchs, Governance, zentrale Administration und technische Infrastruktur.

Drei Oberziele im Bereich Lehre: 1. Das KIT ist für Studierende einer der attraktivsten Plätze in Europa 2. Die Studierenden des KIT gehören zu den Besten 3. Das KIT bereitet die Studierenden durch ein forschungsorientiertes universitäres Studium auf verantwortungsvolle Aufgaben in Gesellschaft und Wissenschaft vor. Dann gibt es je 4 Teilziele.

¹ Anm.d.Red.: Inzwischen wurde die Zahl von 25 auf 40 erhöht.

Schadstoffbelastung Gebäude 20.12

Frage: Meine Frage bezieht sich auf die Schadstoffbelastung vom Gebäude 20.12 und den anderen Gebäuden in diesem Block. Wie ist da der aktuelle Stand und gibt es noch andere Gebäude mit Baumängeln dieser Richtung, die für Studium und Lehre relevant sind?

Prof. Wanner: Es gibt am Campus Süd praktisch keine Gebäude, die nicht für Studium und Lehre relevant wären. Alles, was das Arbeiten in den Gebäuden beeinträchtigt, könnte Auswirkungen auf Studium und Lehre haben, weil wir ja am KIT die Einheit von Forschung und Lehre leben - das ist alles sehr miteinander verwoben, räumlich und personell. Ich weiß, dass eine Sanierung im Raum steht und dass deswegen auch Umzüge stattfinden müssten. Das ist ein relativ regelmäßiger Vorgang. Sie kennen alle zum Beispiel das schöne, frisch renovierte Mathematikgebäude, das wurde jetzt einige Jahre nicht benutzt und die Mathematiker waren anderswo untergebracht. Und genauso wird das hier auch sein müssen.

Frage: Wer weiß, ob die Schadstoffgrenzen in Gebäude 20.12 überschritten wurden?

Prof. Wanner: Die Abteilung heißt Allgemeine Services (AServ), Abteilung Facilitymanagement.

Zweites Ziel der Dachstrategie 2025

Frage: Das KIT soll für gute Studierende von anderen Universitäten schmackhaft gemacht werden. Bisher war es bei den meisten Studiengängen so, dass ein Absolvent oder eine Absolventin des Bachelors am KIT zu fast hundert Prozent auch einen Masterplatz bekommen hat. Wird das dann in Zukunft immer noch so sein oder wird man dann sagen: Um das Ziel zu erreichen, dass wir hier die besten AbsolventInnen hibekommen, nehmen wir die

dann besser nicht weiter, sondern nehmen die besseren von anderen Universitäten? Oder kann ich den Bachelorstudenten weiterhin sagen, sie sollen sich keine Sorgen um einen Masterplatz machen?

Prof. Wanner: Es gibt am KIT einen ganz breiten Konsens (aus allen Ebenen: Aufsichtsrat, Präsidium, Senat, Fakultäten, Studierende), dass der Regelabschluss

**„Wenn Ihnen auffällt,
dass ein Dozent
schummelt, müssen
Sie ihn direkt darauf
ansprechen!“**

am KIT ein Masterabschluss ist. Es wird daran festgehalten, dass wir Studierende in ihrem Wunsch befördern, am KIT einen Masterabschluss zu machen. Ich sehe da keine Veränderungen und die stehen auch nicht in der Agenda. Wenn man das möglich machen will, ohne sich gleichzeitig nach außen hin abzuschotten - das KIT hatte in der Vergangenheit für Quereinsteiger relativ wenige Zugangsmöglichkeiten - muss man allmählich die Kapazitäten vom Bachelor auf den Master verlagern. Das heißt, man muss mehr Masterplätze und weniger Bachelorplätze anbieten. Das betrifft natürlich nicht die, die schon im Bachelorstudium sind, aber kommende Generationen.

Evaluationsverfahren

Frage: Gibt einen Prozess, der ausschließt, dass die Evaluationsbögen nicht zurück zur Evaluationsstelle finden? Die Dozent*innen sollen die Bögen nicht selbst bei der Evaluationsstelle abgeben. Es gab aber unbestätigte Gerüchte, dass bestimmte Professoren die Zettel selbst einsammeln, die dann nie ihren Weg zurückfinden. Wurde das im System bedacht?

Anmerkung aus dem Publikum: Ich kann bestätigen, dass mir schon passiert ist, dass ich vorge-

gangen bin und gesagt hab: ‚Sie geben mir die Zettel jetzt, wir bringen die weg und nicht Sie‘.

Prof. Wanner: Wenn so was vor- kommt, dann sind Sie diejenigen, die das reparieren können. Sie kennen ja offenbar das System und wenn Ihnen auffällt, dass ein Dozent beschummelt, müssen Sie entweder ihn direkt ansprechen, oder sie beschweren sich beim zuständigen Studiendekan. Das ist das Korrektiv, das wir haben. Es gibt klare Regeln. Es gibt auch eine sehr weit verbreitete Kultur nach diesen Regeln zu leben. Ich hab den Eindruck das ist bei uns sehr gut etabliert und dass auch ein breites Verständnis da ist für dieses System. Das können nur Ausnahmen sein und wer dann eingreifen kann, sind Sie selbst.

Anmerkung: Ich finde das problematisch, die Studierenden dafür verantwortlich zu machen.

Prof. Wanner: Dann erklären Sie mir mal, wie würden Sie es denn machen? Neben jeden Dozenten einen Vizepräsidenten stellen, der aufpasst?

Anmerkung: Meiner Meinung nach müssten zumindest diese Ergebnisse nachvollziehbar veröffentlicht werden, dann wäre ja relativ schnell ersichtlich, wer diese Ergebnisse nicht bringt.

Prof. Wanner: Dazu gibt es ja eine Studienkommission, die sich die anguckt.

Aufarbeitung der NS-Zeit

Frage: Wie weit ist der Prozess mit Ehrensensator Greifeld bisher?

Prof. Wanner: Es gibt eine Ethikkommission am KIT, die sich damit intensiv beschäftigt und dem Präsidium ein Ergebnis geliefert hat, und das kommt demnächst in den Senat, um da zu beschließen, wie weiter vorgegangen wird.

Frage: Hat das KIT vor, die NS-Zeit endlich weiter aufzuarbeiten? Wenn ja, wie weit möchte es

die Studierenden da beteiligen? An anderen Universitäten in Deutschland ist das sichtbar, zum Beispiel Tübingen: die haben eine Ausstellung gemacht, haben die Öffentlichkeit miteingeschlossen.

Prof. Wanner: Das KIT wird sich nicht nur mit dem Fall Greifeld sondern auch mit anderen Fällen auseinandersetzen, es gibt ja eine Ethikkommission und die wird sich auch in kommenden Jahren mit weiteren Fällen beschäftigen.

Frage: Und wie weit wird das in die Tiefe gehen? Soweit ich informiert bin, hat das mit Herr Greifeld fünf Jahre gedauert? Inwieweit würden Sie die Studierendenschaft miteinbeziehen?

Prof. Wanner: In der Ethikkommission sind ja auch studentische Vertreter, im Senat auch. In allen Gremien, die sich damit befassen.

Frage: Und um das öffentlich zu machen, wie am Beispiel von der Uni Tübingen? Die haben eine Ausstellung über die NS-Vergangenheit in Tübingen gemacht.

Prof. Wanner: Sowas halte ich für eine gute Anregung, da gibt es jetzt im Moment keine konkrete Planung, aber wenn sie da Vorschläge für haben, wird man da natürlich offen sein.

Aber die Tatsache, dass diese Auseinandersetzung mit Greifeld sich so in die Länge gezogen hat, finde ich auch bedauerlich. Aber ich kann betonen: Es wird auch in Zukunft eine intensive Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld stattfinden und auch mit anderen NS-belasteten Personen, die am KIT oder am Forschungszentrum oder an der Universität tätig waren.

Frage: Was ist ihre eigene Meinung zu der Wichtigkeit?

Prof. Wanner: Ich halte es für sehr wichtig.¹

¹ Anm. d. Red.: Mittlerweile hat sich das KIT von der Ehrung Rudolf Greifelds distanziert. Mehr dazu in der Pressemitteilung vom 14.12.2015 unter <https://www.kit.edu/k12455.php>

Inklusion von Personen mit nicht-binärem Geschlecht

Frage: Hat das KIT vor, sich um die Inklusion von Trans-Menschen und Personen mit nicht-binärem Geschlecht zu kümmern? Beispielsweise sind momentan in der Studienbescheinigung und anderen Dokumenten „Herr“ und „Frau“ fest eingetragen. Wird über zusätzliche genderneutrale Toiletten nachgedacht?

Prof. Wanner: Mir ist kein konkretes Prozedere zu diesem Verfahren bekannt, auch keine Anträge oder dergleichen. Proaktiv gibt's von meiner Seite bisher nichts.

Frage: Aber es ginge doch, die Anrede zu ändern? Das wäre ja nicht wirklich der große Aufwand.

Prof. Wanner: In welche Richtung, wer sollte sagen, was dann stattdessen da steht?

Frage: Entweder selbst ausgewählt oder einfach nur der Name?

Prof. Wanner: Ich habe mich damit nicht auseinandergesetzt und kenne auch keine entsprechenden Bestrebungen, aber dann müsste man sich darüber unterhalten. Ich kenne dieses Anliegen bisher nicht.

Frage: In welches Gremium müsste man das tragen?

Prof. Wanner: Wir haben ein Chancengleichheitsbüro, das sich mit Diversity-Fragen beschäftigt, solche Themen aufgreift und in die Gremien hineinträgt, dorthin wohin es abzielt. Zum Chancengleichheitsbüro würde ich für solche Fragen zunächst gehen um solche Wünsche oder Vorstellungen zu bündeln und an der richtigen Stelle zu platzieren.

Digitale Vorlesungsmaterialien

Herr Heck: Viele andere Universitäten sind sehr weit voraus, was digitale Lehre angeht. Ich glaube da muss ein großer Schritt von

oben herab gemacht werden, um nochmal festzulegen, dass es Voraussetzungen gibt, die jeder Lehrende haben muss. Zum Beispiel Vorlesungsmaterialien in einem gewissen Umfang online zu stellen. Gibt es konkrete Pläne das am KIT zu verbessern?

Prof. Wanner: Wir haben seit Januar diesen Jahres das Zentrum für mediales Lernen (ZML- früher Fernstudienzentrum) und darin sehen Sie ja schon den „Shift“. Das Fernstudienzentrum hat sich hauptsächlich darum gekümmert, für spezielle Gruppen außerhalb digitale Angebote zu machen. Das war quasi eine Außenstelle der Fernuniversität Hagen, die hier am KIT untergebracht war und Fernstudium betrieben hat. Wir haben im Präsidium letztes Jahr beschlossen, hier einen Strategiewechsel zu machen und dieses umzufunktionieren in ein ZML, das hauptsächlich für die Dozenten und Studierenden des KIT da ist. Das als möglicher Vorbereiter dient, digitale Angebote im KIT zu entwickeln. Das ist schon mal ein sehr wichtiger struktureller Schritt.

„Zu einfache Regeln und plumpe Zwänge aufzuerlegen könnte sehr kontraproduktiv sein“

Die Frage, ob man Materialien in Papier- oder in elektronischer Form oder gar nicht bereitstellt, möchten wir weiterhin den Dozenten überlassen. Es ist ein hohes Gut, dass unsere Hochschullehrer viele Freiheiten und viel Flexibilität in der Gestaltung ihrer Lehre haben, und da wäre zu viel Dirigismus kontraproduktiv. Im Vergleich zu vor fünf oder zehn Jahren sieht man hier eine enorme Explosion an elektronischen Begleitmaterialien.

Wenn Sie Wünsche an Ihre Dozenten haben, kann ich nur empfehlen, sie zu artikulieren, zum Beispiel im Bereich der Evaluation. Aber man kann auch nicht grundsätzlich sagen, je mehr digitales Material desto besser.

Das hängt ab vom Format der Veranstaltung, von der Größe, von allen möglichen Randbedingungen und da wäre ich vorsichtig, zu einfache Regeln und plumpe Zwänge aufzuerlegen, das könnte sehr kontraproduktiv sein.

Aber die technischen Möglichkeiten werden am KIT entwickelt, wenn sie schauen, wie viele Vorlesungsaufzeichnungen in den letzten zwei, drei Jahren gemacht wurden und in der Bibliothek bereitstehen, die Wachstumsrate ist schon eher beeindruckend.

Frage: Ich habe mitgekriegt, dass immer mehr in ILIAS, die Vorlesungsplattform, gestellt wird, das finde ich sehr positiv. Was mich stört oder was man anregen könnte ist, dass für vieles was ja schon KIT-intern ist, ein Passwort verlangt wird. Ich persönlich interessiere mich nicht nur für Themen aus meinem Fachbereich und schaue mir auch gerne fachfremde Folien und Skripte an. Für was brauchen wir intern die Abschottung untereinander?

Prof. Wanner: Ich würde mir auch eine große Offenheit und Freigiebigkeit wünschen. Es gibt aber eine ganze Reihe von Einschränkungen, insbesondere vom Urheberrecht. Oft ist es so, dass ein Dozent - auch wenn er das Urheberrecht beachtet - selber drauf achten muss, dass die Dinge keine zu große Verbreitung finden. Warum das Passwort nach Anmeldung auf ILIAS? Es ist rechtlich ein großer Unterschied ob bestimmte Materialien für alle 25.000 oder nur für 40 Studierende zugänglich gemacht werden.

Anregung: Von der Uni Wuppertal kenne ich, dass einmal im Jahr ein Professor oder einer der Lehrveranstaltungen hält, ausgezeichnet wird, wenn er elektronische Medien verwendet und aufbereitet.

Exzellenzinitiative

Frage: Das KIT hat den Status der Eliteuniversität leider verloren - inwieweit hat das Auswirkungen?

Ich denke, die Ingenieurwissenschaften sind am wenigsten betroffen und am meisten werden wahrscheinlich die Natur- und Geisteswissenschaften davon schadbetroffen sein. Was unternimmt das KIT um den Titel wiederzubekommen? Ich bin hauptsächlich im Bereich Chemie und da war der Vizepräsident von der TU München und da hatte ich das Gefühl, Patente sind so ein Tor, mit vielen Patenten steigt man im Ranking.

Prof. Wanner: Bei der sogenannten Exzellenzinitiative war das KIT in der ersten Runde sehr erfolgreich, in der zweiten weniger, aber nicht nicht erfolgreich! Also das KIT wird auch bis heute im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert. Wir haben zwar nicht mehr in der dritten Förderlinie zusätzliche Gelder bekommen, um strukturelle Entwicklungen des KIT zu machen, aber in Teilbereichen kriegt das KIT bis zum heutigen Tag Exzellenzmittel, weil wir ja zwei sehr erfolgreiche Graduiertenschulen am KIT haben. Inwiefern hat es dem KIT geschadet? Das war natürlich schon ein Rückschlag, als das KIT 2012 überraschenderweise keinen Cluster durchgebracht hat und deshalb in der dritten Förderlinie nicht den Zuschlag bekommen konnte, obwohl es ein allgemein sehr positiv beurteiltes Zukunftskonzept vorgelegt hatte. Dadurch sind dem KIT einige Millionen Euro durch die Lappen gegangen, auf die man gehofft hatte. Das war sicherlich ein Rückschlag. Jetzt, drei Jahre später, ist der aber weitgehend überwunden. Die Stellung des KIT in Forschungsranking oder überhaupt in Universitätsrankings ist immer besser und durch diese Entscheidung nicht beeinträchtigt worden. Wir klettern Jahr für Jahr in allen relevanten Rankings immer weiter nach oben. Auch im DFG Ranking ist das KIT nicht beeinträchtigt worden. Jetzt steht demnächst die Exzellenzinitiative III ins Haus. Es wird ja gerade in der Politik diskutiert, wie die ausgestaltet werden soll,

aber wir rechnen damit, dass die Ausschreibung im Frühsommer nächsten Jahres kommt - und natürlich wird sich das KIT ganz intensiv darum bemühen, da wieder erfolgreich zu sein. Es ist jetzt schon eine Projektarbeitsgruppe eingerichtet, unter Federführung des Vizepräsidenten für Forschung, die sich systematisch darauf vorbereiten. Das wird ein richtig großes Projekt mit Lenkungsgruppe um im Laufe des nächsten Jahres, wenn die genauen Randbedingungen bekannt sind, überzeugenden Antrag formulieren.

Unifest

Herr Al Kaddah: Wie hat Ihnen das Unifest gefallen und würden Sie auch im nächsten Jahr wieder auflegen?

„Als ich auflegen sollte wurde das Gebäude gerade geräumt“

Prof. Wanner: Das Unifest hat mir gut gefallen, aber ich bin ja gar nicht zum Auflegen gekommen! Als ich auflegen sollte, wurde das Gebäude gerade geräumt, weil die Anlage, mit der der Nebel produziert wurde, einen Feueralarm ausgelöst hat. Das hat dann ewig gedauert, bis das Gebäude wieder betreten werden konnte und zu dem Zeitpunkt war ich dann schon im Bett.

Herr Dippert: Also würden Sie der Sache aber noch eine Chance geben?

Prof. Wanner: Ja, absolut, ich lege ja regelmäßig bei den Proflegen-auf-Feten auf und würde natürlich auch wieder gerne da mitmachen.

Herr Dippert: Ich bin mir ganz sicher, dass Sie nochmal eine Chance bekommen.

Prof. Wanner: Es war ein schöner und interessanter Abend und ich freue mich über das große Interesse und ich hoffe, Sie konnten dem auch was abgewinnen. Dankeschön!

protokolliert von Hannah Günther

Landtagswahl 2016

Das Wahlsystem in Kürze

Das Wählen ist einfach. Alle Wahlberechtigten haben eine Stimme; gewählt wird ein*e Kandidat*in. Alle Kandidat*innen sind einer Partei zugeordnet. Die abgegebene Stimme zählt also gleichzeitig immer auch für eine Partei.

Die Idee dahinter ist, dass Stimmen, die auf Kandidat*innen entfallen, die einen Wahlkreis nicht gewinnen können, nicht automatisch verloren sind.

Mandatvergabe

Der Landtag hat mindestens 120 Sitze. Die Verteilung erfolgt zunächst nach Partei, dann nach Direktkandidat*innen. Dadurch können Ausgleichs- und Überhangmandate notwendig werden, was die Anzahl an Sitzen erhöht.

Sitzverteilung

Die Sitzverteilung, aber nicht, welche Person dort am Ende sitzt, wird aus der Gesamtzahl der Stimmen, die im ganzen Land abgegeben wurden, ermittelt. Für alle Parteien werden hier jeweils die Stimmen, die ihre Direktkandidat*innen erhalten haben, zusammengezählt. Würde also die Hälfte der Wahlberechtigten im ganzen Land für die Direktkandidatin einer Partei stimmen, so würden für diese Partei jetzt 60 Sitze veranschlagt.

Die so ermittelten Sitze werden je Partei jetzt nach Regierungsbezirk unterteilt. Hat eine Partei beispielsweise im RB Freiburg anteilig mehr Stimmen als in Karlsruhe erhalten, entfallen mehr Sitze der Partei für Kandidierende aus Freiburg.

Beide Verteilungen hier werden nach Sainte-Lague/Schepers berechnet.

Der Vorteil dieses Verfahrens besteht vor allem darin, dass beim Runden große Fraktionen keine Vorteile bekommen.

Direktmandate

Für jeden Regierungsbezirk und jede Partei wird jetzt ermittelt, welche Kandidat*innen diese Sitze tatsächlich bekommen. Im ersten Schritt werden hierfür die Direktmandate vergeben. In den Landtag gewählt ist, wer im eigenen Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen erhalten hat. Damit sind die ersten 70 Mandate vergeben.

Zweitmandate

Direktkandidat*innen, die ihren Wahlkreis nicht gewonnen haben, aber innerhalb des Regierungsbezirkes die meisten Stimmen für die eigene Partei bekommen haben, erhalten ebenso ein Mandat.

Überhangmandate

Es kann passieren, dass eine Partei durch Direktmandate mehr Sitze für einen Regierungsbezirk erhält, als ihr anhand der Gesamtverteilung zustehen würde. Diese Mandate bleiben erhalten. Dadurch vergrößert sich die Anzahl der Sitze im Landtag.

Ausgleichsmandate

Durch die Überhangmandate haben einige Parteien jetzt mehr Sitze. Für die Regierungsbezirke in denen es Überhangmandate gab, muss neu berechnet werden, ob die Verteilung zwischen den Parteien noch stimmt. Haben sich die Mehrheitsverhältnisse durch die Überhangmandate verschoben, erhalten die benachteiligten Parteien Ausgleichsmandate. Diese Mandate werden, ähnlich wie bei den Zweitmandaten, an die Kandidat*innen verteilt, die im Regierungsbezirk die meisten Stimmen erhalten haben.

Probleme im Wahlsystem

Bei Überhangmandaten: Dadurch, dass die Überhangmandate auf die Sitze nach Regierungsbezirk angerechnet werden, ist es möglich, dass es Überhangmandate gibt, obwohl die Partei noch offene Sitze hätte. Das kann dazu führen, dass eine Partei mehr Sitze bekommt, wenn sie weniger Stimmen erhält.

Bei Ausgleichsmandaten: Die Ausgleichsmandate werden auch innerhalb des Bezirkes und nicht landesweit vergeben. Das verzerrt das Stimmgewicht der Regierungsbezirke. Angenommen in drei der vier Regierungsbezirke ginge die Wahl genau auf, im vierten kommen Ausgleichs- und Überhangmandate dazu. Dann hat der vierte Regierungsbezirk mehr Gewicht als ursprünglich angedacht.

Ein anderes Problem, das hier entsteht: Eine Partei hat ein Überhangmandat, das dazu führt, dass Ausgleichsmandate an andere Parteien vergeben werden. Hätte die Partei weniger Stimmen erhalten, aber noch genug für das Überhangmandat, kann es passieren, dass keine Ausgleichsmandate vergeben werden müssen. Die Partei hätte also durch weniger Stimmen mehr Stimmgewicht im Landtag.

Auch ist es möglich, dass weniger Stimmen für eine Partei innerhalb eines Regierungsbezirkes dafür sorgen, dass sie mehr Überhangmandate erhält. Also mehr Mandate durch weniger Stimmen.

Das sind alles Beispiele für ein sogenanntes negatives Stimmgewicht: Mehr Stimmen im Landtag durch weniger Stimmen von Wählern. Das sollte nicht passieren können.

Mehr unter:

<http://www.wahlrecht.de/systemfehler/kritik-bawue.html>

Ausführliche Kritik zum Wahlsystem bei [wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de)

Die Briefwahl

Wie funktioniert das?

Am Wahlsonntag lieber ausschlafen? Nicht in Karlsruhe? Schon im Februar wählen, damit du es nicht vergisst? - Da hilft nur eins: Briefwahl beantragen!

Alle Wahlberechtigten, die in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen sind, können per Briefwahl wählen. Dazu muss ein Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins gestellt werden. Ihr müsst keinen Grund für die Beantragung der Briefwahl angeben! Wer aus einem nicht von ihm/ihr zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurde kann ggf. trotzdem einen Antrag auf einen Wahlschein/Briefwahl stellen.

Und so gehts:

1. Briefwahl bei der Gemeinde mit eurem Erstwohnsitz beantragen. Ab 15. Februar. Spätestens zwei Tage vor der Wahl
2. Stimmzettel persönlich ankreuzen, ihr habt eine Stimme.
3. Stimmzettel in den amtlichen Stimmzettelumslag stecken. Umschlag zukleben;
4. „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ auf dem Wahlschein mit Unterschrift, Ort und Datum unterschreiben;
5. Wahlschein und den amtlichen Stimmzettelumslag in den amtlichen Wahlbriefumschlag stecken. Umschlag zukleben;
6. Wahlbriefumschlag innerhalb von Deutschland unfrankiert (aus dem Ausland müsst ihr den Brief frankieren!) verschicken oder persönlich bei der auf dem Umschlag angegebenen Adresse abgeben.

Wann und wo wird der Antrag auf Briefwahl gestellt?

Der Antrag auf Briefwahl kann jederzeit gestellt werden, auch schon vor Erhalt der Wahlbenachrichtigung. Im Allgemeinen muss der Antrag spätestens bis zum Freitag 18:00 Uhr vor der Wahl eingereicht werden. In besonderen Fällen könnt ihr euren Wahlschein und Briefwahlunterlagen auch noch am Wahlsonntag bis 15:00 Uhr beantragen. Z.B. wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung der Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann.

Den Antrag müsst ihr an die Gemeinde richten, in der ihr mit Hauptwohnsitz gemeldet seid. Für alle mit Erstwohnsitz in Karlsruhe ist dies:

Untergeschoss der Stadtbibliothek,
Ständehausstraße 2.

Die Briefwahlunterlagen erhalten ihr erst nach der endgültigen Zulassung der Wahlvorschläge und dem Druck der Stimmzettel. Für gewöhnlich werden die Unterlagen einige Wochen vor der Wahl zugestellt.

Das Wahlamt der Stadt Karlsruhe hat ein Antragsformular online. Briefwahl kann schriftlich oder mündlich beantragt werden. Per Fax, Brief, Telegramm, Fernschreiben, Fernkopie, aber auch Emails wahren die Schriftform. Per Telefon (fernmündlich) beantragen geht nicht.

Unser Tipp: Ab 15. Februar persönlich im Zentralen Wahlbüro beantragen. Die Unterlagen werden da direkt ausgehändigt. Dort ist auch eine Briefwahlurne aufgestellt, ihr könnt also sofort wählen.

Welche Unterlagen werden für die Briefwahl benötigt?

Folgende Unterlagen braucht ihr für die Briefwahl. Ihr bekommt sie direkt bei der Antragsstellung ausgehändigt oder per Post zugeschickt:

- einen Wahlschein;
- einen amtlichen Stimmzettel;
- einen amtlichen Stimmzettelumschlag;
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag, auf dem die vollständige Anschrift angegeben ist, an die der Wahlbrief übersandt werden muss;
- außerdem die Bezeichnung der Ausgabestelle der Gemeinde und Wahlscheinnummer oder Wahlbezirk;
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, das alle wichtigen Hinweise enthält und die Briefwahl anschaulich erläutert.

Wann muss der Wahlbrief eingeschickt werden?

Der Wahlbrief muss bis spätestens 13.03.2016 18:00 Uhr vorliegen. Die Wahl endet um 18:00 Uhr, später eingegangene Stimmzettel können nicht mehr mitgezählt werden.

Bei Übersendung per Post sollte der Wahlbrief in Deutschland spätestens am dritten Werktag vor der Wahl abgesandt werden. Ihr könnt den Wahlbrief auch direkt bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle abgeben oder abgeben lassen.

Weitere Infos auch unter

<https://landtagswahl-bw.de/> und <http://www.asta-kit.de/wiki/landtagswahl2016>

Wahlprüfsteine

*Der AStA befragt die Karlsruher Direktkandidat*innen*

Am 13. März wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Ländersache, deshalb geht es auch um Themen die uns als Studierendenschaft direkt betreffen. Vor allem bei der frisch eingeführten Verfassten Studierendenschaft (VS) könnte eine Mehrheitsverschiebung im Landtag Auswirkungen auf unsere Rechte haben. Wer nicht genau weiß, was die VS ist kann sich auf Seite 8 informieren und auf Seite 10 haben wir einen Blick in die Vergangenheit gewagt, aus den Zeiten ohne die VS.

Um euch besser informieren zu können, haben wir den Direktkandidat*innen die Fragen die ihr hier rechts seht gestellt.

Die Antworten auf die Fragen 1, 2, 3 und 10 findet ihr auf den folgenden Seiten abgedruckt. Alle anderen Antworten sind auf unserer Webseite unter <http://www.asta-kit.de/landtagswahl2016>. Vorbei schauen lohnt sich: Dort gibt es, neben allem was im Ventil schwarz auf weiß steht, nämlich auch den Wahl-O-Mat und andere Wahlprüfsteine zu finden. Die Auswahlkriterien für die befragten Kandidat*innen sind ebenso auf der Webseite aufgeführt.

Darüber hinaus bekommt ihr von uns Kommentare von KIT Hochschulgruppen, die die Wahl aus ihrer Sicht einordnen.

Wenn ihr am 13. März nicht in Karlsruhe seid, vergesst nicht euch rechtzeitig über die Briefwahl schlau zu machen, näheres dazu auf Seite 17. Ihr entscheidet mit, wer die nächsten 5 Jahre unser Bundesland regiert, nutzt eure Stimme.

- 01** Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?
- 02** Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereit zu stellen?
- 03** Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?
- 04** Wie soll der Rückstau bei Sanierungs- und Baumaßnahmen am KIT in Anbetracht stark gestiegener Studierendenzahlen aufgelöst werden?
- 05** Wie stellen Sie sich die Kooperation zwischen dem Bund und dem Land Baden-Württemberg in Bezug auf das KIT vor?
- 06** Wie setzen Sie sich für eine bessere Finanzierung von Hochschullehre und -forschung in Baden-Württemberg ein?
- 07** Wie werden die Mittel aus dem Hochschulfinanzierungsbegleitgesetz nach 2020 weitergeführt?
- 08** Wie wollen Sie die Chancengleichheit an Hochschulen in Baden-Württemberg verbessern?
- 09** Welche Probleme stehen für Sie beim Hochschulzugang im Vordergrund und wie wollen Sie diese lösen?
- 10** Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Wahlkreis Karlsruhe Ost (KA I)

CDU | Bettina Meier-Augenstein



Kurzvorstellung

- Geboren: 1976 in Karlsruhe
- Familienstand: verheiratet, zwei Töchter (8 und 10 Jahre alt)
- Konfession: evangelisch
- Beruf: Bankfachwirtin (IHK)
- Mitglied des Landtags seit Oktober 2014
- Mitglied in den Ausschüssen für Verkehr und Infrastruktur sowie Wissenschaft, Forschung und Kunst im Landtag von Baden-Württemberg
- Stadträtin seit 1999
- Hobbys: Radfahren, Zeit mit der Familie verbringen, Tatort schauen

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Als Landtagsabgeordnete, langjährige Stadträtin und berufstätige Mutter mit schulpflichtigen Kindern stehe ich mitten im Leben. Meine Politik dient den Menschen, die in Karlsruhe und in Baden-Württemberg leben und arbeiten. Karlsruhe ist ein wichtiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie eine liebens- und lebenswerte Stadt, die Familien, jungen und alten Menschen Heimat bietet. Mein Ziel ist es, Karlsruhe mit Weitblick und Visionen als moderne Großstadt weiterzuentwickeln. Ich verspreche Ihnen, mich mit aller Kraft für die Interessen und Belange der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Landtagswahl am 13. März 2016.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Die Idee der Landesregierung für ein landesweit gültiges Semesterticket liegt derzeit auf Eis. Auch die Grünen mussten erkennen, dass die Einführung nicht so ohne weiteres umsetzbar ist, wie es ursprünglich den Studierenden versprochen wurde. Ich vertrete die Auffassung, dass die Wahlfreiheit der Studierenden gewahrt bleiben muss. Ein Semesterticket auf Kosten aller Studierenden halte ich für wenig zielführend.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Günstiger Wohnraum ist gerade in einer Studentenstadt wie Karlsruhe ein sehr wichtiges Thema. Die Schaffung von günstigem Wohnraum unterstütze ich generell. Wenn es entsprechende Liegenschaften des Landes gibt, die für die Bereitstellung von Wohnraum geeignet sind, findet dies meine Zustimmung und Unterstützung.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Eine Weiterentwicklung des bisherigen Modells der Verfassten Studierendenschaft halte ich für sinnvoll. Eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Varianten der Verfassten Studierendenschaft ist anzustreben. Die Zahl der Sitze in der Studierendenvertretung sollte dabei den bei der Wahl tatsächlich ermittelten Mehrheitsverhältnissen entsprechen. Ein Stimmzählssystem ähnlich der bei Bundes- und Landtagswahlen könnte hierbei zum Zuge kommen. Auch im Hinblick auf das politische Mandat der Studierendenvertretungen sollte eine Konkretisierung dahingehend erfolgen, dass sich die Studierendenvertretungen mit originär hochschulpolitischen Fragestellungen auseinandersetzen. Bei der Frage der Rechtsaufsicht sollte das Wissenschaftsministerium als übergeordnete Instanz zuständig sein. Die Maßnahmen zusammengefasst, stellen aus meiner Sicht eine sinnvolle Weiterentwicklung der Verfassten Studierendenschaft dar, die letztendlich das Handeln der Studierendenschaft weiter stärkt.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Wir müssen uns bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen auf diejenigen konzentrieren, die auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung sind. Die anhaltend hohen Zugangszahlen müssen Schritt für Schritt reduziert werden. Hierzu gehört für mich die Abschaffung von Fehlanreizen, wie bspw. Geldleistungen genauso wie Rückführung von Asylbewerbern, die keine Chancen auf Anerkennung haben. Im Hinblick auf den Hochschulzugang ist es wichtig, dass die Qualifikation der Bewerber feststeht. Sollten entsprechende Unterlagen (z.B. Zeugnisse) nicht vorliegen, muss Qualifikation in Form von Eignungstests nachgewiesen werden.

Grüne | Bettina Lisbach



Kurzvorstellung

51, Diplom-Geoökologin, Grüne Landtagskandidatin für den Wahlkreis KA-Ost. Ich arbeite als Projektmanagerin in einem Karlsruher IT-Unternehmen, das Informationssysteme für den öffentlichen Nahverkehr herstellt. Politischer Werdegang: Seit meiner Jugend bin ich in Umweltgruppen, Bürgerinitiativen und Aktionsbündnissen aktiv, seit 1998 bei den Grünen engagiert. 2004 wurde ich in den Gemeinderat gewählt und bin seit 2008 Fraktionsvorsitzende. Jetzt will ich Grüne Politik auch auf Landesebene mitgestalten. Fünf Jahre grün-geführte Regierung zeigen Wirkung: Gerechteres Bildungssystem, Abschaffung von Studiengebühren, Mittel für sozialen Wohnungsbau, Bürgerbeteiligung, Energiewende und Klimaschutz sind nur einige wesentliche Stichpunkte. Mein Ziel für diese Landtagswahl ist, den eingeschlagenen Weg der ökologisch-sozialen Modernisierung fortzuführen. Angestoßene Reformen und Projekte müssen langfristig wirken. Dafür will ich mich einsetzen und dafür bitte ich um Unterstützung.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Als Politikerin gestalte ich Zukunft nachhaltig und denke nicht nur bis zur nächsten Wahl. Ich will gute Lebensbedingungen auch für nachfolgende Generationen erreichen. Deshalb setze ich mich für eine gesunde Umwelt, ein stabiles Netz sozialer Absicherung, ein gerechtes Bildungssystem und für den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern ein. Meine politischen Schwerpunkte sind Stadtentwicklung, Wohnungsbau und umweltfreundliche Mobilität. Gute Stadtplanung verbindet zusätzliche Wohnungen im Innenbereich mit mehr Aufenthaltsqualität im Quartier. Durch sparsamen Umgang mit knappen Flächen lassen sich naturnahe Erholungsgebiete erhalten. Unser Land braucht wirtschaftlichen Erfolg; dieser muss aber vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Ich engagiere mich für Klimaschutz und Energiewende. Auch eine naturgemäße Waldwirtschaft, die Vernetzung von Grünflächen und die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sind mir wichtig.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Wir GRÜNE begrüßen ein landesweites Semesterticket für Studierende. Die grün-geführte Landesregierung hat dazu Verhandlungen zwischen DB Regio, Verkehrsverbünden und Studierenden initiiert und begleitet, die nach meinem Kenntnisstand auf einem guten Weg sind. Eine Unterstützung aus Landesgeldern über die bestehende Förderung des Ausbildungsverkehrs hinaus ist derzeit haushaltspolitisch nur schwer darstellbar. Nichtsdestotrotz werde ich mich in den Haushaltsverhandlungen weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Thema mit hoher Priorität verfolgt wird.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Der Mangel an Wohnraum trifft alle größeren Städte, insbesondere die mit einer oder mehreren Hochschulen. Daher haben wir uns bereits in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Land seine Grundstücke zu günstigen Konditionen an die Studierendenwerke abgibt und die Not gemildert werden kann. Dies ist mittlerweile Beschlusslage der Landesregierung und diesen Kurs wollen wir weiter beibehalten. Insofern: vollumfänglich ja.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Die von Grün-Rot in Baden-Württemberg 2012 wieder eingeführte Verfasste Studierendenschaft ist mit einem im Bundesvergleich sehr weiten politischen Mandat und einem hohen Grad an Satzungs- und Finanzautonomie ausgestattet. Nach einer Phase, die vor allem durch den Organisationsaufbau gekennzeichnet war, rückt jetzt die inhaltliche Arbeit in den Verfassten Studierendenschaften in den Mittelpunkt – etwa bei der Vergabe des studentischen Anteils an den Qualitätssicherungsmitteln. Wir GRÜNE stehen für eine starke und selbstbewusste Verfasste Studierendenschaft. Nachbesserungsbedarf sehe ich beim Bürokratieabbau, der Einbindung der Verfassten Studierendenschaft in die Hochschulgremien und beim Ausbau der hochschulinternen Transparenz, etwa bezüglich des KIT-Haushalts.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Das Land hat die Kapazitäten der Landeserstaufnahmeeinrichtungen bereits deutlich ausgebaut. Eine weitere Aufstockung ist eingeplant. Mit dem neuen Registrierungszentrum in Heidelberg wird auch die Antragstellung der ankommenden Flüchtlinge deutlich beschleunigt. Ziel Grüner Integrationspolitik ist eine dezentrale Unterbringung, die schnelle Einführung der Gesundheitskarte und eine gute psychosoziale Versorgung. Zur Integration in Bildungssystem und Arbeitsmarkt sind eine frühzeitige Erfassung des Bildungsstandes sowie ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen wichtig. Die Vorbereitungsklassen für schulpflichtige Flüchtlinge wurden bereits aufgestockt und mit 1.100 zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet. Ein weiterer Ausbau ist notwendig, auch an weiterführenden Schulen. Mit dem neuen Landeshochschulgesetz wird die Aufnahme eines Studiums unabhängig vom Aufenthaltsstatus ermöglicht. Unser Ziel ist außerdem, dass Flüchtlinge, die hier eine Ausbildung beginnen, diese auch hier abschließen können.

**Kurzvorstellung**

- geboren am 28. September 1968 in Karlsruhe
- nach dem Abitur Ausbildung zum Mathematisch-technischen Assistenten
- anschließend Informatik-Studium an der Universität Karlsruhe (heute KIT)
- nach dem Diplom-Abschluss 2001 Softwareentwickler bei der PTV AG
- seit 2006 Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Schon während meiner früheren politischen Aktivität im UStA (heute AStA) standen für mich die Hochschul- und die Wohnungspolitik im Mittelpunkt. Sie sind erfreulicherweise auch Schwerpunkt meiner Landtagsarbeit geworden. Dazu kommt die Energiepolitik, für die ich in den letzten fünf Jahren in der SPD-Landtagsfraktion verantwortlich war.

Ein Gelingen der Energiewende, bezahlbarer Wohnraum und gleiche Chancen für alle Menschen waren und sind meine großen politischen Anliegen. Mit Grün-Rot haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht, u.a. die Abschaffung der Studiengebühren und die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft. Themen, für die ich damals im Wissenschaftsausschuss für die SPD-Fraktion federführend zuständig war. Diese erfolgreiche Arbeit möchte ich gerne fortsetzen.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Das landesweite Semesterticket stand auf meine eigene Initiative hin im Koalitionsvertrag von Grün-Rot. Ich bedauere daher sehr, dass es bislang zu keinem Vertragsabschluss kam. Dieses mit zusätzlichen Landesgeldern zu subventionieren wird allerdings nicht möglich. Es ist aus den Studierendenwerks- oder VS-Beiträgen zu finanzieren. Allerdings dürfen sich die Verkehrsverbünde über dieses Ticket bereichern. Sie müssen daher auf jeden Fall alle für die Wirtschaftlichkeit des Tickets relevanten Fakten gegenüber den Studierendenschaften auf den Tisch legen.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Für den Bau weiterer Studierendenheime in Karlsruhe setze ich mich bereits seit Jahren beharrlich ein und erfreulicherweise werden auf dem Campus Ost auch etwa 400 neue Wohnheimplätze des Studierendenwerks entstehen. Zudem habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass durch eine Novellierung der VwV-Stellplätze die HaDiKo-Garage aller Voraussicht nach abgerissen werden und dort ein neues Wohnheim entstehen kann. Darüber hinaus setze ich mich derzeit dafür ein, dass im Zuge des Verlusts der KIT-Tennisplätze und des „Alten Rasens“ für das Wildparkstadion die Stadt im Gegenzug dem Land ein Grundstück übereignet, auf dem das Studierendenwerk dann ein neues Wohnheim errichten kann. Denkbar sind neue Wohnheime aber auch an anderer Stellen (z.B. neben der ehem. Kinderklinik am Adenauerring als Ersatz für das „Kolleg am Ring“).

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Der VS hat Grün-Rot in der vergangenen Legislaturperiode bereits sehr weitgehende Rechte eingeräumt. Nicht durchsetzen konnten wir uns gegenüber unserem Grünen Koalitionspartner jedoch mit der Forderung, dass auch die Wahl der studentischen Vertreter in den Senat und die Fakultätsräte in die Satzungsautonomie der VS fällt. Dies würde ich selbstverständlich in der nächsten Legislaturperiode noch gerne ändern.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Für den Zugang zu Bildung ist mir bei Zuwanderern (nicht nur Flüchtlingen) wichtig, dass die im Heimatland erbrachten Vorleistungen anerkannt werden. Sind diese nicht nachweisbar, sollte ihnen ein Eignungstest angeboten, auf dem sie sich über die Studienkollegs vorbereiten können. Bzgl. der Unterbringung setze ich mich als wohnungspolitischer Sprecher meiner Fraktion für einen „Pakt für bezahlbares Wohnen“ in Baden-Württemberg ein. So wie es aussieht, werden sich das Land, die Wohnungswirtschaft und die Kommunen auf 25.000 neue Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren verständigen. Dies hilft sowohl Flüchtlingen wie auch Einheimischen.

Die Linke | Michel Brandt



Kurzbildung

Michel Brandt wurde 1990 geboren, ist Schauspieler am Badischen Staatstheater und Fan von Werder Bremen.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Sein Ziel ist es, ökologischen, antirassistischen und sozialen Bewegungen und Belangen „von der Straße“ im Landtag Gehör zu verschaffen und beide Arten Politik zu machen miteinander zu verbinden.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Ein landesweites Semesterticket – in einem vollsolidarischen Modell - müsste unter 300 Euro bleiben, der Rest subventioniert werden. Generell werde ich mich für kostenfreien ÖVPN in Baden-Württemberg einsetzen.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Bezahlbarer, guter Wohnraum ist eines der Themen, die sofort und mit Nachdruck angegangen werden müssen. Wenn der Radius für Wohnheime vergrößert wird, ist endlich Platz da. Die Stadt darf nicht weiter gentrifiziert werden. Studierende müssen einen Platz in der Stadt haben. Die Regierung hat in diesem Thema generell versäumt zu handeln und ist ihren eigenen Zielen nicht gerecht geworden. Wohnungen müssen bezahlbar werden und dürfen nicht durch private Investoren blockiert werden!

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Ich denke, dass Parteien und die Verfasste Studierendenschaft voneinander lernen können. Hier würde ich den Austausch suchen, um zum Beispiel über gemeinsame Weiterbildungen nachzudenken. Die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen – bei Universitäten durch StuPas, Asten, Fachschaften – ist einer der wichtigsten Grundsteine demokratischer Bildung und Partizipation! Was hier 2012 wieder begonnen hat muss mit allen Mitteln gestärkt werden. Ich freue mich darauf, mit euch ins Gespräch zu kommen!

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Bei der Unterbringung ist das wichtigste auch wieder die Verfügbarkeit von gutem Wohnraum. Wie in allen Belangen dürfen hier nicht einzelne Gruppen von Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Es gibt genug Ressourcen, wenn sie nur gerecht verteilt werden.

Zugang zu Bildung muss vom ersten Tag an gewährleistet sein. Das beinhaltet sowohl Deutschunterricht für Erwachsene von qualifizierten, tariflich bezahlten Lehrer*innen als auch KITA-Plätze und vkl-Klassen mit entsprechend qualifizierten Lehrkräften. Nur so kann Integration gelingen. Bereits erworbene Bildungsgrade – vor allem Hochschulzugangsberechtigungen – müssen schneller und unbürokratischer möglich sein!

Piraten | Konrad Scheffel



Kurzvorstellung

Ich bin 28 Jahre alt und arbeite als Elektroniker in einer Festanstellung. Seit 2012 engagiere ich mich bei der Piratenpartei. Wichtig ist mir, dass wir endlich umdenken. Wir dürfen keine Regierung haben, sondern brauchen eine Verwaltung, die uns Bürgern Rechenschaft schuldig ist.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

---Der Kandidat hat diese Frage leider nicht beantwortet---

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Die Einführung eines landesweiten Semestertickets halte ich für richtig. Viele Studierende kommen ursprünglich nicht aus dem ansässigen Verkehrsverbund und es ist schwierig bei übergreifenden Verkehrsverbünden Anschlusstickets zu bekommen. Natürlich muss ein solches Ticket aus Kostengründen vom Land subventioniert werden, obwohl die Piratenpartei sich grundsätzlich für einen fahrscheinlosen ÖPNV einsetzt, können Studenten dies nicht alleine stemmen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, Landesgrundstücke für den Wohnheimbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Wenn es dafür sinnvolle Grundstücke gibt, steht dem meiner Meinung nach nichts entgegen.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Demokratie wird einem nicht in die Wiege gelegt. Ein hohes Maß an Mitspracherecht für Studenten ist wichtig, um diese Kernkompetenz in unserem Land zu fördern. Genaue Pläne hierzu müssten mit den Studierenden-Parlamenten in Baden-Württemberg verfasst werden.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Es ist wichtig, spätestens jetzt wieder mit dem sozialen Wohnungsbau zu beginnen. Zudem sollte die Verteilung der Flüchtlinge zentral geregelt werden und nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Die Kommunen können das Gesamtbild nicht sehen, während eine zentrale Stelle Flüchtlinge auf Gegenden verteilen kann, wo auch tatsächlich Lebensraum frei ist. Zudem sollten auf die Herkunftskultur abgestimmte Integrationskurse auf die Unterschiede der Kulturkreise aufmerksam machen und nach dem Deutschunterricht eine schulische Ausbildung folgen, die es Migranten ermöglicht, eine Ausbildung zu starten, um ganz normal im Arbeitsmarkt untergebracht zu werden.

AfD | Dr. Paul Schmidt



Kurzvorstellung

Als Familienvater (verh., 2 Töchter, 5 und 6 Jahre alt) bin ich in großer Sorge um die Zukunft unseres Landes. Ich bin Biophysiker und arbeite seit 15 Jahren als Angestellter in der Energieerzeugung. Früher war ich als Ruderer Mitglied der Nationalmannschaft, später 7 Jahre lang Trainer der Ruderriege der Universität. Seit 1 1/2 Jahren bin ich als Stadtrat für die AfD im Gemeinderat. AfD-Mitglied wurde ich bereits 2013, damals vor Allem wegen der unabsehbaren Risiken der sog. Energiewende (gerade für Baden-Württemberg). Aber seither sind viele Probleme hinzugekommen...

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Politische Ziele: Die AfD Baden-Württemberg, ist weder rechts noch links, sondern anders als die etablierten Parteien: unideologisch und sachorientiert. Wir sind ehemalige Wähler der FDP, CDU und SPD, die wollen, dass unsere freiheitlich demokratische Grundordnung erhalten bleibt. Wir haben die verantwortungslose Politik der etablierten Parteien satt, die oft im Widerspruch zu unserem Grundgesetz stehen.. Diese Parteien sagen, die AfD hätte keine Antworten, haben aber nach den Ausschreitungen der Sylvesternacht in Köln und anderswo viele unserer bereits Mitte 2015 formulierten Forderungen übernommen. Für unsere Forderung, kriminelle Asylbewerber abzuschieben, wurden wir im August 2015 noch als rechtspopulistisch bezeichnet; diese Forderung – und nicht nur diese – hat aber inzwischen selbst unser derzeitiger Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) übernommen! Lassen Sie sich nicht täuschen: Wählen Sie das Original: AfD.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Wir stehen einem landesweiten Semesterticket für Studierende positiv gegenüber, da dieses auch dazu beitragen würde, die durch die Wohnungsnot in den Universitätsstädten verursachten Probleme zu verringern. Subventionen aus der Landeskasse können wir uns nur für diejenigen Studierenden vorstellen, die finanziell so schlecht dastehen, dass sie sich dieses Ticket sonst nicht leisten könnten.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Ja, da dies notwendig ist.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Indem wir uns dafür einsetzen werden, dass das Land möglichst wenig in die Belange der Universitäten und insbesondere der Verfassten Studierendenschaft hineinregiert.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern?

Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge sind schwierig, weil einfach zu viele zu uns kommen. Wir fordern die Umstellung von Taschengeld auf Nahrungs- und Kleidergutscheine. Dadurch wird nicht nur der Zustrom verringert, sondern auch verhindert, dass Familienväter das Taschengeld in Alkohol umsetzen und ihre Frauen und Kinder leer ausgehen. Das dreigliedrige Schulsystem ermöglicht es durch seine Durchlässigkeit jedem Schüler die Hochschulreife zu erlangen. Es hat sich über Jahrzehnte bewährt; der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes beweist dies. Jeder Schüler kann es gleichermaßen durchlaufen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit. Eine weitere Vereinfachung des Zugangs zur Bildung ist daher nicht mehr möglich. Wollte man Ausnahmeregelungen für bestimmte Bevölkerungsgruppierungen einrichten, so wären Ungerechtigkeit und eine Absenkung des Niveaus im Studium insgesamt die Folgen.

Wahlkreis Karlsruhe West (KA II)

CDU | Katrin Schütz



Kurzvorstellung

- Geboren 1967 in Ettlingen als Älteste von 8 Geschwistern
- Mutter zweier Söhne
- 1991-2006 Geschäftsführerin der Firma Sport Schütz in Karlsruhe
- Seit 2006 direkt gewählte Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Karlsruhe-West
 - Vorsitzende des Integrationsausschusses des Landtags
 - Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
 - Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Eine gesunde Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Landes: Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler und Erfinder. Erfolgreiche Unternehmen und zufriedene Arbeitnehmer sind das Ziel meiner Arbeit.

Fördern und fordern: So gelingt das Zusammenleben. Wir wollen denjenigen helfen, die vor Gewalt und Krieg fliehen. Der Respekt vor unserer Kultur, unseren Werten und unserer Sprache sind für mich die Grundlagen einer echten Integration.

Freiheit braucht Sicherheit: Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger muss jederzeit ohne Wenn und Aber gewährleistet werden. Ich stehe hinter unserer Polizei, die wir für die aktuellen Herausforderungen noch besser ausstatten müssen.

Gute Bildung an Schulen und Hochschulen: Ich stehe zu unserem differenzierten Schulsystem – Gleichmacherei hilft niemandem. Hochschule und Berufsausbildung müssen gleichermaßen wertgeschätzt werden.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Ein Semesterticket für ganz Baden-Württemberg wäre für manche Studierenden praktisch, für andere uninteressant. Auf jeden Fall ist es mit finanziellen Fragezeichen verbunden. So bin ich dagegen, ein Ticket einzuführen, dass auf Solidarbasis alle Studierenden finanziell belastet, auch wenn sie es gar nicht nutzen. Bei einem Ticket auf Selbstkostenbasis sollte jede Hochschule unter Einbeziehung der Studierenden selbst darüber entscheiden, ob sie daran teilnehmen will. Eine Subventionierung durch den Staat wiederum würde zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von Studierenden und Auszubildenden führen, für die ein solches Angebot nicht besteht. Ich finde, Studierende und Auszubildende sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Wir haben uns Seitens der CDU schon immer für die Schaffung von studentischem Wohnraum ausgesprochen und ich bin auch dafür, Landesgrundstücke darin einzubeziehen. Allerdings müssen wir geeignete Grundstücke finden. Als es hier in Karlsruhe darum ging, das umfangreiche und gut geeignete Wildpark-Gelände für studentischen Wohnraum freizugeben, haben Grüne und SPD leider gemauert.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Ich bin sehr dafür, dass junge Menschen sich aktiv in Politik und Gesellschaft einbringen. Auf Ebene der Hochschulen halte ich es für eine Selbstverständlichkeit, dass Studierende an den hochschulpolitischen Entscheidungen beteiligt sind. Hier kommt den Studierendenvertretungen eine wichtige Rolle zu. Allerdings bin ich dagegen, deren Mandat auf alle möglichen anderen Lebensbereiche auszudehnen. Dafür gibt es andere Foren in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, die zahlreichen Jugendorganisationen der Parteien sind hier sehr aktiv und bieten breiten Raum zur Partizipation.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Eine menschenwürdige Unterbringung und Zugang zu Bildung für Menschen, die wirklich vor Not und Verfolgung fliehen, wird nur möglich sein, wenn wir sehr schnell die Zugangszahlen deutlich reduzieren. Nur durch schnelle Verbesserungen in den Herkunftsländern bei gleichzeitigem Abbau falscher Anreize bei uns kann eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen erreicht werden. Eine Notwendigkeit ist auch die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten. In der Bildung der Menschen, die bei uns sind, leisten Land und Kommunen schon heute ausgesprochen viel: 30.000 jugendliche Flüchtlinge sind in Baden-Württemberg im Schulalter. Schon jetzt bestehen ca. 2500 Vorbereitungsklassen für junge Flüchtlinge ohne Deutschkenntnisse, deren Zahl wird in nächster Zukunft noch deutlich ansteigen. Hier muss das Land mit unterstützend wirken, denn Bildung ist ein wichtiger Schritt in Richtung Integration.

Grüne | Alexander Salomon



Kurzvorstellung

Seit 2011 bin ich Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Karlsruhe-West. Im Landtag bin ich Mitglied im Innen-, Wissenschafts- und Petitionsausschuss sowie im Untersuchungsausschuss NSU. Ich bin zudem Sprecher für Themen studentische Belange, Datenschutz, Medien-/Netpolitik und Rechtsextremismus. Schon zu Studienzeiten habe ich mich politisch engagiert - unter anderem im Studienparlament der Uni Mainz und als Finanzreferent im AStA. Zu den Grünen bin ich 2002 vor allem durch die Friedens- und Bürgerrechtspolitik gekommen. In den kommenden fünf Jahren will ich den Innovationsstandort Baden-Württemberg weiter beleben und voranbringen. Voraussetzung hierfür sind für mich starke Hochschulen und ein chancengerechtes Bildungssystem. Ebenso setze ich mich für bezahlbaren Wohnraum, aktiven Klima- und Naturschutz und eine breite Mitentscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Als junger Abgeordneter weiß ich, dass Wissen unser Kapital ist – deshalb liegt mir eine zukunftsorientierte Bildungs- und Wissenschaftspolitik am Herzen. Wir Grüne setzen deshalb auf starke Hochschulen, in denen Wissenschaftlerinnen beste Bedingungen vorfinden und Studierende sich dem Abenteuer Wissenschaft voll widmen können. Die besondere Stärke unserer Wirtschaft liegt darin, innovative Ideen zu entwickeln und diese in die Alltagswelt zu integrieren. Dazu brauchen wir Freiräume und kreative Köpfe. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Chancen für Startup-Initiativen verbessert und die GründerInnenkultur ausgebaut werden. Unsere Politik des Gehörtwerdens will ich weiter mit Leben füllen: beispielsweise in den Verfassten Studierendenschaften, Jugendgemeinderäten oder lokalen Bündnissen und Initiativen. Ich stehe für eine ökologische, soziale, gerechte und demokratische Zukunft – und diese ist GRÜN!

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Wir GRÜNE begrüßen ein landesweites Semesterticket für Studierende. Die grün-geführte Landesregierung hat dazu Verhandlungen zwischen DB Regio, Verkehrsverbünden und Studierenden initiiert und begleitet, die nach meinem Kenntnisstand auf einem guten Weg sind. Eine Unterstützung aus Landesgeldern über die bestehende Förderung des Ausbildungsverkehrs hinaus ist derzeit haushaltspolitisch nur schwer darstellbar. Nichtsdestotrotz werde ich mich in den Haushaltsverhandlungen weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Thema mit hoher Priorität verfolgt wird.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Der Mangel an Wohnraum trifft alle größeren Städte, insbesondere die mit einer oder mehreren Hochschulen. Daher haben wir uns bereits in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Land seine Grundstücke zu günstigen Konditionen an die Studierendenwerke abgibt und die Not gemildert werden kann. Dies ist mittlerweile Beschlusslage der Landesregierung und diesen Kurs wollen wir weiter beibehalten. Insofern: vollumfänglich ja.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Die von Grün-Rot in Baden-Württemberg 2012 wieder eingeführte Verfasste Studierendenschaft ist mit einem im Bundesvergleich sehr weiten politischen Mandat und einem hohen Grad an Satzungs- und Finanzautonomie ausgestattet. Nach einer Phase, die vor allem durch den Organisationsaufbau gekennzeichnet war, rückt jetzt die inhaltliche Arbeit in den Verfassten Studierendenschaften in den Mittelpunkt – etwa bei der Vergabe des studentischen Anteils an den Qualitätssicherungsmitteln. Wir GRÜNE stehen für eine starke und selbstbewusste Verfasste Studierendenschaft. Nachbesserungsbedarf sehe ich beim Bürokratieabbau, der Einbindung der Verfassten Studierendenschaft in die Hochschulgremien und beim Ausbau der hochschulinternen Transparenz, etwa bezüglich des KIT-Haushalts.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Das Land hat die Kapazitäten der Landeserstaufnahmeeinrichtungen bereits deutlich ausgebaut. Eine weitere Aufstockung ist eingeplant. Mit dem neuen Registrierungszentrum in Heidelberg wird auch die Antragstellung der ankommenden Flüchtlinge deutlich beschleunigt. Ziel Grüner Integrationspolitik ist eine dezentrale Unterbringung, die schnelle Einführung der Gesundheitskarte und eine gute psychosoziale Versorgung. Zur Integration in Bildungssystem und Arbeitsmarkt sind eine frühzeitige Erfassung des Bildungsstandes sowie ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen wichtig. Die Vorbereitungsklassen für schulpflichtige Flüchtlinge wurden bereits aufgestockt und mit 1.100 zusätzlichen Lehrerstellen ausgestattet. Ein weiterer Ausbau ist notwendig, auch an weiterführenden Schulen. Mit dem neuen Landeshochschulgesetz wird die Aufnahme eines Studiums unabhängig vom Aufenthaltsstatus ermöglicht. Unser Ziel ist außerdem, dass Flüchtlinge, die hier eine Ausbildung beginnen, diese auch hier abschließen können.

**Kurzvorstellung**

- 1973 in Karlsruhe geboren
- verheiratet, 2 Kinder (6 und 8 Jahre alt)
- nach dem Abitur Studium, Diplom-Sozialwissenschaften in Mannheim
- Referentin im Justizministerium Baden-Württemberg, danach Referentin im Integrationsministerium
- seit 2013 Integrationsbeauftragte der Stadt Karlsruhe

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Integration: Strukturen schaffen (Integrationsministerium erhalten, Koordinatoren in den Kommunen einsetzen), Hürden abbauen und nach Plan vorgehen

Familie: Durch Ganztagesgarantie (Kitas, Schule) vom ersten Lebensjahr an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern; gebührenfreie Kitas, Lösungen für Ferienbetreuung

Gute Arbeit: Faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für Berufe wie Polizei und Pflegekräfte; Solo-Selbstständige, z.B. in der Kreativwirtschaft stärken

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Ich setze mich für das landesweite Semesterticket ein, das die Verkehrsverbünde einschließt. Die Finanzierung des landesweiten Semestertickets darf nicht vollständig aus den Semesterbeiträgen aller Studierenden einer Hochschule finanziert werden. Ein landesweites Semesterticket muss sich an den Bedürfnissen der Studierenden orientieren, daher muss die Landesstudierendenvertretung beteiligt sein.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Bezahlbarer Wohnraum in Karlsruhe ist knapp. Daher ist eine Initiative, Landesgrundstücke für den Wohnheimbau bereitzustellen, sinnvoll. Umsetzbar wäre dies auch durch - nach Johannes Stobers Vorschlag - z.B. Flächentausch zw. Stadt und Land.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Wie wichtig der grün-roten Landesregierung die VS war und ist, zeigt bereits die Kampagne zur Wiedereinführung der VS. Denn dieses Gesetz ist im Dialog mit den Beteiligten entstanden. Die SPD möchte die Rechte der Studierendenbeteiligung in den nächsten Legislatur stärken. So soll auch die Wahl der studentischen Vertreter in den Senat und die Fakultätsräte in die Satzungsautonomie der VS fallen.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Wir können mit unserem Bildungssystem mit - im Vergleich zu anderen Industriestaaten - mit zwei besonderen Stärken punkten: den Kindertagesstätten und der dualen Ausbildung. Je jünger die Kinder in die Kitas kommen, desto leichter kann ihre Bildungslaufbahn vorankommen. Bei der dualen Ausbildung kommt es darauf an, diese durch spezielle Angebote für Flüchtlinge auf deren Bedarfe anzupassen. Die Lehrkräfte in den Vorbereitungsklassen für Kinder/ Jugendliche benötigen ausreichend Ressourcen und Qualifikation. Die Kinder müssen rasch in die Regelklassen integriert werden, damit ihnen alle ihrem Potential entsprechenden Wege offen sind. Es muss für eine rasche und unbürokratische Anerkennung ausländischer Qualifikationen gesorgt werden. Über Eignungstests und Nachqualifizierungen können Studienzugänge geschaffen werden. Die Unterbringung muss nach der Erstaufnahme unbedingt dezentral erfolgen.

FDP | Henrik Dörr



Kurzvorstellung

32 Jahre alt, selbständig im Bereich Marketing und Promotion, derzeit Pressesprecher der Rathaus-Fraktion der FDP-Karlsruhe, Kreisvorsitzender und Landtagskandidat für den Wahlkreis Karlsruhe-West. Ich lebe seit 12 Jahren in Karlsruhe. Beruflich habe ich am Badischen Staatstheater Karlsruhe als Regieassistent begonnen, bevor ich am selben Haus leitender Theaterpädagoge wurde. Die nächste Station war Pressesprecher und Eventmanager an der Hochschule für Musik, bevor ich mich vor ca. drei Jahren selbständig machte.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Meine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Kultur und Bildung. Ich halte die Bildung einer Gesellschaft für den Dreh- und Angelpunkt ihrer Entwicklung. Dies erstreckt sich von frühkindlicher Bildung über Grundschulangebote bis zu allen Formen der weiterführenden Schulen. Die akademische sowie berufsbildende Laufbahn sollten gleichermaßen gestärkt und gefördert werden. Für die Universitäten und Hochschulen muss eine umfangreiche Förderung zur Verfügung stehen und auch eine Elitenförderung gehört zu unserem Bildungssystem.

Bei der Kultur steht für mich vor allem die Frage der Teilhabe und Niederschwelligkeit im Vordergrund. Wir benötigen kulturelle Programme für alle. Eine Teilhabe an Kultur fördert die eigene Kreativität, ermöglicht Teilhabe an sozialer Aktivität und rundet die Bildung ab.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Hier haben CDU und FDP im Landtag bereits angefragt, warum die Einführung stagniere. Es ist wichtig, die Studierenden in Baden-Württemberg mobil zu halten, daher ist eine monetäre Unterstützung denkenswert.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Grundsätzlich ja, die FDP wird sich gerne dafür einsetzen. Im Einzelfall gilt es natürlich zu prüfen, was die Kommune konkret wünscht bzw. ob ein etwaiges Landesgrundstück den Anforderungen genügt, die die Kommune vor Ort stellt. Zusätzlich wollen wir im Zusammenwirken mit den Studierendenwerken und privaten Investoren für eine bessere Versorgung mit studentischem Wohnraum sorgen.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Wir wünschen uns mehr Mitbestimmungsrecht der Studierenden bei der Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel. Eine Schwächung kommt für uns nicht in Frage! Nur studentische Mitbestimmung bewirkt Verbesserungen in Studium und Lehre.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Die Kommunen mit LEA-Einrichtungen müssen massiv, logistisch und personell unterstützt werden, damit die dramatischen Zustände in den Einrichtungen nicht zur Gefahrenzone für Flüchtlinge und Anwohner werden. Asylanträge müssen zeit- und wohnortnah bearbeitet werden. Überzogene Standards im Planungsrecht sowie beim Bau von Unterkünften in der Anschlussunterbringung müssen abgesenkt werden.

Spracherwerb ist der zentrale Schlüssel in der Gesellschaft. Eine Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch muss bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen geschehen und Vermittlung der deutschen Sprache ggf. anschließen. An Hochschulen kann dies auch durch Studierende (Erhalt von zusätzlichen ECTS-Punkten) geschehen. Zusätzlich sollen online-gestützte Kurse angeboten werden. Neben pensionierten Lehrern, Lehramtsstudenten und Referendaren, sehen wir die weitere Qualifikation fachfremder Lehrer oder auch Ehrenamtlicher sowie die Einbindung privater Sprachschulen als Chance. Mehr Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“ für Vorbereitungsklassen sind notwendig.

Die Linke | Dr. Sabine Skubsch



Kurzvorstellung

- geboren 1957
- Mit meinem Mann und unseren beiden Kindern lebe ich in der Karlsruher Nordstadt.
- 1981 Lehramtsprüfung PH Karlsruhe
- 2000 Promotion in Erziehungswissenschaften zum Thema Migration, Universität Essen
- seit 1993 Lehrerin Internationalen Bund e.V.
- seit 2011 Konzernbetriebsratsvorsitzende Internationaler Bund

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Gegen Fristverträge und Leiharbeit. Besonders junge Menschen leiden unter prekären Beschäftigungsverhältnissen. Befristungen sind an Universitäten leider die Regel.

Bildung muss kostenfrei sein – von der Kita bis zu Uni. Als bildungspolitische Sprecherin der LINKEN Ba-Wü setze ich mich dafür ein, dass in die Bildung richtig investiert wird.

Bezahlbarer Wohnraum für alle. Im Landtag werde ich mich dafür einsetzen, dass in bezahlbaren Wohnraum investiert wird und dass Grundstücke vom Land nicht mehr an private Wohnungsbau-Investoren verkauft werden dürfen.

Helfen statt hetzen. DIE LINKE will ein echtes Asylrecht, das Menschen Schutz bietet. Das geht, ohne Menschen gegeneinander auszuspielen, mit einer besseren Versorgung für alle.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Finde ich wichtig. Es ist aber wichtig, dass der Preis inkl. Semesterbeitrag unter 300 Euro bleibt (also nicht mehr kostet wie jetzt mit KVV Ticket). Was darüber hinausgeht, muss subventioniert werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der größten Probleme in Karlsruhe. Die Landesregierung hat viel zu wenige Wohnungen gebaut – nicht einmal die Hälfte von dem was Grüne und SPD versprochen hatten – und sie waren zu teuer. Wir brauchen ein Wohnungsbauprogramm von mind. 250 Mio€. Und wir wollen wirksame Grenzen gegen Mietsteigerungen einführen. Bauland für Wohnungen darf nicht an Privatinvestoren verschertelt werden (wie beim C-Areal in Karlsruhe), die daraus nur Eigentumswohnungen machen. Studierende dürfen nicht aus den Städten vertrieben werden.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Schon zu meiner Studienzeit mussten wir gegen das Verbot der Verfassten Studentenschaft durch die damalige CDU-Landesregierung kämpfen. Es ist gut, dass das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft 2012 eingeführt wurde. DIE LINKE wird sich selbstverständlich dafür einsetzen, dass die Studierenden aller Hochschulen über StuPa, AStA, Fachschaften und funktionierende, gewachsene Strukturen Mitbestimmungsrechte und Selbstverwaltung erhalten.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der die Banken in der Finanzkrise binnen weniger Tage mit Steuergeldern in Milliardenhöhe gerettet wurden, müssen jetzt die notwendigen Mittel für die Unterbringung der Geflüchteten UND für Bildung und Soziales für ALLE aufgebracht werden. Dabei dürfen die Einheimischen und die Zugewanderten nicht gegeneinander ausgespielt werden. DIE LINKE fordert Schulpflicht vom ersten Tag für Flüchtlingskinder, genügend KITA-Plätze und Vorbereitungsklassen, Angebot von Deutschkurse für Erwachsene gleich nach der Einreise (und nicht erst ab dem Erwerb eines Aufenthaltstitels), Vereinfachung der Anerkennung von Hochschulzugangsberechtigungen.

Piraten | Erik Wohlfeil



Kurzvorstellung

Hallo liebe Mit-Studis. Mein Name ist Erik Wohlfeil und ich bin 24 Jahre alt. Ich studiere am KIT Mathematik und Physik auf Lehramt (für Gymnasien). 2014 wurde ich von den Karlsruher*innen in den Gemeinderat gewählt, was seitdem neben dem Studium einen großen Teil meiner Zeit in Anspruch nimmt. Dort bin ich mittlerweile stellvertretender Fraktionsvorsitzender der KULT-Fraktion, gebildet von den Stadträten der Piratenpartei, der Karlsruher Liste und der Partei DIE PARTEI. Zusätzlich war und bin ich auch ehrenamtlich in der Studierendenschaft aktiv: ehemaliges Studierendenparlamentsmitglied und zeitweise auch in dessen Präsidium, Gründungsmitglied der Hochschulgruppe Lehramt@KIT, ehemals Senatskommission für Fragen der Lehrerbildung, etwas Fachschaftaktivität, uvm. – neuerdings AStA-Arbeitskreis Fahrradcampus. Ich setze mich als Student und als angehender Lehrer besonders für eine moderne Bildungspolitik ein.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Als Karlsruher Stadtrat habe ich meine Schwerpunkte in der Haushaltspolitik, dem Umwelt- und Naturschutz, der Karlsruher Verkehrspolitik, der städtischen Schulpolitik und außerschulischen Bildungspolitik (z.B. in der Volkshochschule und Vereinen). Auf Landesebene würde ich meinen Schwerpunkt im staatlichen Bildungsbereich setzen, also der Hochschulpolitik und/oder Schulpolitik. Mir ist es wichtig, zum Lernen und Lehren endlich das ganze Potential moderner Medien und Technik zu nutzen. Auch aus Wirtschaftsperspektive müssen Baden-Württemberg, Deutschland und Europa mehr dafür tun, technologisch nicht abgehängt zu werden. Ebenso sollten wir – u.a. mit technischen Mitteln – die demokratische Ausgestaltung und Kontrolle unseres Landes verbessern: durch mehr Transparenz in der Politik, Nachbesserungen beim Informationsfreiheitsgesetz und Maßnahmen wie eine individuelle Kennzeichnung von Polizist*innen. Ich will nicht nur „Industrie 4.0“, sondern „Gesellschaft 4.0“.

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Es stellt sich vor allem die Frage nach dem Preis-Leistungsverhältnis bei verschiedenen denkbaren Tarifmodellen. Mit dem Thema setzt sich seit mehreren Jahren der Arbeitskreis Semesterticket der Landesstudierendenvertretung (LaStuVe) auseinander. Wenn die LaStuVe bzw. deren Hauptorgan, die Landes-ASten-Konferenz (LAK), ein Modell finden, das von Ihnen gewünscht ist und das auch für die Verkehrsverbünde realisierbar ist, befürworte ich dieses natürlich. In Absprache mit dem Verkehrsministerium wird derzeit ein Vollsollarmodell priorisiert, über das es 2016 eine landesweite Urabstimmung der Studierenden geben soll. Die bisherige Linie des Landes bzw. der Landesregierung sollte allein schon der Verlässlichkeit wegen auch nach der Wahl fortgesetzt werden.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Ja. Und natürlich möglichst schnell und möglichst hochschulnah gelegen. Die Realisierung wird sich aber als schwierig erweisen. Die Stadt Karlsruhe muss das Planungsrecht für diese Flächen beschließen (Flächennutzungspläne). Dem stehen teils der Schutzstatus der Flächen oder der darauf vorhandenen Gebäuden entgegen: Landschaftsschutzgebiete, Denkmalschutz, Schutz durch das Landeswaldgesetz, diverse naturschutzrechtliche Vorgaben. Bei all diesen Fragen muss das Regierungspräsidium Karlsruhe als Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Karlsruhe zustimmen. Beim „Bereitstellen“ (Verkauf, Erbpacht, Pacht, ...) an einen Bauträger, wie z.B. das Studierendenwerk Karlsruhe, müssen diverse rechtliche Vorgaben penibel eingehalten werden, die es zur Verhinderung von Vetternwirtschaft und willkürlicher Bevorzugung gibt. Dann erst wird der eigentliche Bau geplant. Insgesamt werden zwischen der Initiative zum Wohnheimsbau und der Umsetzung mehrere Jahre vergehen. Schneller geht es leider nicht.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Insgesamt gab es in der vergangenen Legislaturperiode mit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) hier einen großen, richtigen Schritt. Ich will das Selbstbestimmungsrecht der VS erhalten, indem es nicht durch Gesetzesänderungen wieder eingeschränkt wird, wie (u.a.) die CDU es vorsieht. Ich befürworte es, über Änderungen des Landeshochschulgesetzes (LHG) und des KIT-Gesetzes den Studierenden weitere Mitbestimmungsrechte einzuräumen sowie ihre zahlenmäßige Vertretung in den Hochschulgremien zu erhöhen. Eine Wiederabschaffung der Höchststudiendauern könnte auch helfen, da durch sie den Studierenden bewusst Stress und Zeitdruck gemacht werden, die davon abhalten, sich neben dem Studium ehrenamtlich zu engagieren. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob eine Höchststudiendauerabschaffung über die Landesgesetzgebung möglich ist.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Bzgl. der Versorgung wäre es ein großer Rückschritt und enormer, nicht zu bewältigender Verwaltungsmehraufwand, von Geld- auf Sachleistungen umzusteigen (noch so eine CDU-Schnapsidee). Zur Verbesserung der Unterbringung wäre beispielsweise denkbar: - die private, dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen (mit anerkanntem Aufenthaltsstatus) zu vereinfachen; - länger leerstehende Wohnungen zur Flüchtlingsunterbringung zu beschlagnahmen, bei denen sich der Eigentümer nicht ernsthaft darum bemüht, den Leerstand zu beenden. Für einen besseren Zugang zu Bildung ist die wichtigste Maßnahme, dass alle hier Ankommenden SOFORT die Möglichkeit haben, an Deutschkursen teilzunehmen und nicht erst wegen rechtlicher Hürden Monate lang darauf warten müssen.

AfD | Marc Bernhard



Kurzvorstellung

43 Jahre, verheiratet, 2 Kinder Rechtsanwalt und MBA Studium in Augsburg, Italien und England Geschäftsführer eines Karlsruher IT-Unternehmens mit ca. 300 Mitarbeitern Stadtrat Stellv. Sprecher der AfD Karlsruhe Ob bei der Zuwanderung, der sogenannten Euro-Rettungspolitik, der überstürzten und grob fehlerhaften „Energiewende“ oder der ideologisch fehlgeleiteten Bildungspolitik. In all diesen Politikfeldern geht es derzeit in die falsche Richtung. Das muss ein Ende haben! Als Vater von zwei kleinen Kindern konnte und wollte ich mir diese fatale Entwicklung nicht länger anschauen. Und vor allem geht es mir wie vielen Menschen in unserem Land, die es einfach leid sind nur einmal in vier oder fünf Jahren ihre Stimme abzugeben und ansonsten nicht gefragt zu werden.

Persönliche politische Schwerpunkte und Ziele

Politische Schwerpunkte: Mehr Direkte Demokratie, Familie, Schule und Innere Sicherheit Die Politik muß sich wieder um die Probleme der Bürger in unserem Land kümmern, diese in die politischen Entscheidungen einbinden (z.B. Volksentscheide) und nicht abgehoben an den Menschen vorbeiregieren ohne die Folgen zu beachten.

Die etablierten Parteien sagen, wir, die AfD, hätten keine Antworten, haben aber nach den Ausschreitungen der Sylvesternacht klammheimlich viele unserer Forderungen übernommen. Für unsere Forderung, kriminell gewordene Asylbewerber abzuschieben, wurden wir noch vor Kurzem als rechtspopulistisch bezeichnet; diese Forderung – und nicht nur diese – hat aber inzwischen selbst unser derzeitiger Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) übernommen! Lassen Sie sich nicht von Worten kurz vor der Wahl täuschen. Wenn Sie wollen, dass sich wirklich etwas ändert, müssen Sie AfD wählen!

Was halten Sie von der Einführung eines landesweiten Semestertickets für Studierende? Wären Sie im Falle eines hohen Preises für ein landesweites Semesterticket bereit, dieses aus Landesgeldern zu subventionieren?

Wir stehen einem landesweiten Semesterticket für Studenten positiv gegenüber, da dieses auch dazu beitragen würde, die durch die Wohnungsnot in den Universitätsstädten verursachten Probleme zu verringern. Subventionen aus der Landeskasse können wir uns nur für diejenigen Studenten vorstellen, die finanziell so schlecht dastehen, dass sie sich dieses Ticket sonst nicht leisten könnten.

Werden Sie sich dafür einsetzen Landesgrundstücke für den Wohnheimsbau in Karlsruhe bereitzustellen?

Ja, da dies notwendig ist.

Wie wollen Sie das Selbstbestimmungsrecht der Verfassten Studierendenschaft erhalten oder stärken?

Indem wir uns dafür einsetzen werden, dass das Land möglichst wenig in die Belange der Universitäten und insbesondere der Verfassten Studierendenschaft hineinregiert.

Wie wollen Sie die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg verbessern? Wie wollen Sie deren Zugang zu Bildung vereinfachen?

Die Belastungsgrenze der Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern ist erreicht. Die Landesregierung muß daher bei der Bundesregierung eine deutliche Verringerung der Aufnahmezahlen erreichen, durch wirksame Sicherung unserer Grenzen, sowie Einhaltung von Art. 16a Grundgesetz und notfalls Verfassungsbeschwerde einreichen, wie von Bayern bereits angedroht. Nur durch Verringerung der Aufnahmezahlen kann nachhaltig eine Verbesserung erreicht werden.

Das dreigliedrige Schulsystem ermöglicht es durch seine Durchlässigkeit jedem Schüler die Hochschulreife zu erlangen. Es hat sich über Jahrzehnte bewährt; der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes beweist dies. Jeder Schüler kann es gleichermaßen durchlaufen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit. Eine weitere Vereinfachung des Zugangs zur Bildung ist daher nicht mehr möglich. Die Folgen von Ausnahmeregelungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen wären Ungerechtigkeiten und eine Absenkung des Ausbildungsniveaus insgesamt.

Kommentare der Hochschulgruppen

Statements zur Landtagswahl



Vegane Hochschulgruppe

Mit diesem Kommentar möchte die Vegane Hochschulgruppe nicht für bestimmte Parteien werben, sondern auf Punkte aufmerksam machen, die auf Landesebene relevant sind – und worauf man bei den zur Wahl stehenden Parteien achten sollte.

Viele Themen aus dem Kontext des Tierschutzes werden auf Landesebene entschieden: etwa das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände, die Förderung neuer Ställe sowie die Kontrolle der Veterinärämter. Gerade im Uni-Kontext ist die Problematik von Tierversuchen relevant, da an Universitäten des Landes Baden-Württemberg viele Tierversuchsvorhaben durchgeführt werden.

Die Förderung von Alternativen für Lehre und Forschung sollte gesteigert und gleichzeitig die Richtlinien zur Genehmigung von Tierversuchen verschärft werden. Voraussetzung für die immer weiter verbreitete Massentierhaltung ist der gegenwärtige politische Wille, diese zu akzeptieren und zu fördern. Mega-Ställe, etwa mit bis zu 100.000 Hühnern oder mehreren 10.000 Ferkeln, werden vor Errichtung behördlich genehmigt. Darüber hinaus wird der Bau von Tierställen vom Land Baden-Württemberg mit Subventionen gefördert.

Da dem Veganismus die generelle Verringerung von Leid aller Lebewesen zugrunde liegt, sollten auch die Positionen der Parteien etwa in Bezug auf Menschenrechte und Flucht, sowie Sozialsystem, Bildung und Arbeitsbedingungen eine entscheidende Rolle für die Wahlentscheidung spielen. Menschen, die aus akuten Kriegsgebieten oder vor ethni-

scher Verfolgung fliehen, haben einen Anspruch auf Asyl; konkrete Verfahren sind zu einem großen Teil Sache der Bundesländer. Auch Bildung ist Ländersache, wo insbesondere die Durchlässigkeit des Bildungssystems für alle, und nicht etwa nur für Akademikerkinder, entscheidend ist – sowohl an Schulen als auch an Universitäten.

Auch der Umwelt-, Klima- und Naturschutz verdient besondere Berücksichtigung bei der Wahlentscheidung, da der ökologische Aspekt für Veganer meist eine zentrale Rolle spielt. Konkret zu nennen sind diesbezüglich die Miteigentümerschaft des Landes am Energieunternehmen EnBW mit ihren Kohlekraftwerken, sowie die Kompetenz des Landes bei der Gestaltung der Städte und Regionen sowie der Ausweisung von Naturschutzgebieten.

Das Wichtigste ist allerdings, dass man überhaupt wählen geht.

von der Veganen Hochschulgruppe

dielinke.sds
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband
— Karlsruhe —

Linke.SDS Hochschulgruppe

Landtagswahlen werden politisch weit unterschätzt. In Baden-Württemberg ist das Ergebnis der Wahl im März nicht nur ein Stimmungsbild der Bundespolitik, sondern hat auch direkt großen gesellschaftlichen Einfluss.

Die Landespolitik ist gerade für uns Studierende wichtig. Nach über 30 Jahren CDU an der Macht hat erst die jetzige Landesregierung die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt.

Die Bildungsstreiks, an denen Die Linke.SDS in vielen Städten, landes- und bundesweit die letzten Jahre beteiligt war, haben gezeigt, wie wichtig es ist, uns für unsere Rechte einzusetzen.

Im Zuge dessen wurden in allen Bundesländern die Studiengebühren fast vollständig abgeschafft.

Doch uns interessiert nicht nur die Bildungspolitik: als Teil dieser Gesellschaft betrifft uns noch viel mehr. Wir setzen uns für ein friedliches und solidarisches Miteinander ein. Die Konsequenz daraus ist, die unmenschliche Abschiebepolitik der grün-roten Landesregierung entschieden abzulehnen. Auch keine Verbesserung gab es in Themen, die gerade junge Leute betreffen.

Das Tanzverbot besteht immer noch an sieben christlichen Feiertagen im Jahr und nach 22:00 Uhr dürfen wir uns kein Bier mehr kaufen. Diese Bevormundung der Regierung betreffen die meisten von uns und haben nachweislich nichts verbessert.

Kretschmann hat gezeigt, dass auch Grüne und SPD nichts verändert haben.

In Zeiten, in denen die rechtsradikale AfD zweistellige Umfra-

gewerte hat, aber nur von 2% der Frauen* gewählt wird, ist es umso wichtiger, offen Widerstand gegen rassistische, sexistische, homo- und transphobe Tendenzen zu zeigen.

Die AfD feuert den gesellschaftlichen Rückschritt weiter an und vertritt eine absolut verantwortungslose Umweltpolitik: (deutsche) Frauen sollen mindestens drei Kinder bekommen, alles was nicht ihrem Weltbild entspricht, soll aus Schulen verbannt werden und der anthropogene Klimawandel existiert für die AfD nicht.

Wir werden der rückwärtsgegangenen AfD entgegentreten, für ein selbstbestimmtes Leben frei von Diskriminierung! Es kann keine Alternative sein, wie Grüne, SPD und CDU am rechten Rand zu fischen. Für starken Gegenwind im Landtag: links wählen!

von d. Linke.SDS Hochschulgruppe

Statements zur Landtagswahl



JuSo Hochschulgruppe

Seit der letzten Landtagswahl wurde durch den Regierungswechsel für uns Studis einiges verbessert.

Das passierte aber nicht einfach von selbst. Viele Menschen engagieren sich für ihre politischen Positionen. Das ist der Motor in allen Parteien, ob bei der CDU, den Grünen, der Linken oder bei der SPD. Ihnen gebührt Lob, ganz abgesehen davon, ob wir ihre Positionen teilen.

Politik wird nicht immer im positiven Licht dargestellt. Manchmal ist dies gerechtfertigt, manchmal aber auch nicht. Was nicht weggeredet oder verzerrt werden kann, sind tatsächliche Erfolge und Fortschritte, die für uns alle spürbar sind.

Die Studiengebühren in Höhe von 500€ wurden, wie von uns seit Jahren gefordert, in dieser Legislaturperiode endlich abgeschafft. Studiengebühren dürfen nicht wieder kommen, für keinen Studierenden, auch nicht wenn er sie erst nach Studiumsende bezahlen muss!

Mit der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft haben die Studierende eine gesetzlich garantierte Stimme bekommen und können daher gegenüber der Universität und der Politik eure Interessen erfolgreicher vertreten. Sie wurde 1977 von der CDU abgeschafft. Das darf nicht nochmal passieren! Die Verfasste Studierendenschaft darf nicht eingeschränkt werden!

Beim Thema Wohnraum sind die Dinge in Bewegung. Um den Ausbau in Karlsruhe voran zu treiben,

war einiges an Fingerspitzengefühl verlangt. Ob Bürokratie oder artgeschützte Borkenkäfer, bis nutzbare Bauflächen entstehen konnten mussten viele Hindernisse überwunden werden. Trotzdem geht es hier vorwärts: Der Ausbau des HaDiKo wurde genehmigt und die Gelder für den sozialen Wohnungsbau erhöht. Kontinuität ist dabei wichtig, deswegen steht der Ausbau von bezahlbarem Wohnraum weiterhin im Mittelpunkt!

Jetzt liegt es an euch, soll diese Politik fortgesetzt werden oder soll wieder Stillstand oder sogar Rückschritt in die Hochschulpolitik zurückkehren?

Unser Versprechen, dass wir die SPD weiter zu Höchstleistung treiben werden! Deine Entscheidung, am 13. März sozial demokratisch zu wählen.

von der Juso Hochschulgruppe



RCDS Hochschulgruppe

Seit der letzten Landtagswahl 2011 hat sich in unserem Land Baden-Württemberg einiges geändert und nicht nur zum Besseren.

Für uns in Karlsruhe besonders schmerzlich war die Abschaffung des Titels „Dipl.-Ing.“, den das KIT bis dahin – trotz Bologna und Bachelor/Master – zusätzlich zu dem Titel Master of Science vergeben durfte. Hierbei ersetzte der Diplom-Ingenieur nicht den europaweit vergleichbaren Masterabschluss sondern konnte alternativ als Titel geführt werden, mit dem man dem herausragenden Ingenieursstudium am KIT Respekt zollen und dieses deutsche Markenzeichen als Auszeichnung tragen konnte. Auf die Forderung der Karlsruher

Studenten, die parallele Vergabe weiterzuführen, antwortete das grüne Wissenschaftsministerium „Es handelt sich hierbei nach unserer Ansicht um eine rückwärtsgewandte Diskussion. [...] Ferner ist international das Diplom vielfach unbekannt.“ Dies zeigt, wie weit die Grünen von der Realität entfernt sind. Wir als RCDS werden innerhalb der Unionsfamilie darauf drängen, die Vergabe des Dipl.-Ing. nach der Regierungsübernahme wieder zuzulassen!

Doch noch in weiteren Bereichen hat die grün-rote Landesregierung die Hochschulpolitik in den vergangenen fünf Jahren zum Negativen verändert. Neben der deutlichen Absenkung der Qualitätssicherungsmittel für die Lehre ist hier die Einführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) zu nennen, durch die heute jeder Student einen Zwangsbeitrag bezahlen muss. Rund zwei

Drittel des Geldes werden für die interne Verwaltung der VS verwendet, nur das restliche Drittel kommt auf dem einen oder anderen Wege vielleicht wieder bei den Studenten an. Dieses Geld wird andernorts in undemokratischen Vertretungssystemen für rechtlich fragwürdige Dinge ausgegeben, wie Spenden an die Rote Hilfe (Rechtsbeistand für angeklagte Linksextremisten) oder die Organisation von Bussen zur eskalierten Blockupy-Demo in Frankfurt. Um so etwas zukünftig zu verhindern steht die Union für ein hochschulpolitisches Mandat in Verbindung mit einem parlamentarischen System nach Karlsruher Vorbild.

Aus unserer Sicht als Ring Christlich-Demokratischer Studenten kann es am 13. März nur eine richtige Wahl geben: Grün-Rot muss wieder in die Opposition.

von der RCDS Hochschulgruppe

Kommentar eines Studenten

„Griechischer Wein ist so wie das Blut der Erde. Komm schenk mir ein.
Und wenn ich dann traurig werde liegt es daran, dass ich immer träume von daheim.
Griechischer Wein und die altvertrauten Lieder.
Schenk nochmal ein, denn ich fühl die Sehnsucht wieder
In dieser Stadt werd ich immer nur ein Fremder sein und allein.
Und dann erzählten sie mir von grünen Hügeln, Meer und Wind,
Von alten Häusern und jungen Frauen die alleine sind und von dem Kind,
Dass seinen Vater noch nie sah.“
(Udo Jürgens, Griechischer Wein, 1974)

Meine Freundinnen und Freunde, die Orte die ich oft besuche, die Musik die ich höre, das Wetter, die Sprache und meine Wohnung, das ist, was meine Heimat ausmacht. Das ist, was mich glücklich macht. Ich könnte mir nicht vorstellen, das alles eines Tages mal zu verlieren. Einen Verlust zu spüren, der nicht schnell in einem Moment geschieht, sondern in einer vorhersehbaren und langen Spirale der Gewalt. Erst Polizei und Pfefferspray, dann Militär, Entführungen, Schüsse, Bomben auf die Stadt, in der ich gelebt habe. Leichen auf der Straße, Trümmerhaufen wo das Haus meines Nachbarn stand, Trümmerhaufen, wo meine Stadt stand. Vertrieben sein, auf die Hilfe Anderer angewiesen sein, mit der klaren Gewissheit, dass meine Heimat nicht mehr existiert. Wie fühlt es sich an, heimatlos zu sein?

Sollen wir diesen Menschen helfen? Ja, aufgrund von Nächstenliebe, der Solidarität oder der Menschlichkeit.

Wie sollen wir diesen Menschen helfen? Das ist die schwierige Frage, über die Deutschland seit Jahren diskutiert. Natürlich können wir nicht alle Menschen aufnehmen, natürlich müssen wir ihnen helfen, natürlich kann Deutschland viel helfen. Aber wie viel Hilfe ist zu viel? Ein ruhiger Austausch in der aktuellen Debatte ist schwierig. Die Phoenix Runde mit dem Titel „Flüchtlingskrise - Deutschland an der Grenze?“ (zu finden auf YT oder phoenix.de) schafft es, einen Überblick zu geben.

Ich und die meisten Anderen sind keinem Menschen böse, der eine andere Meinung vertritt. Der sich Sorgen macht, Angst um Deutschland hat und der eine Überforderung sieht und spürt. Manches davon ist begründet, anderes nicht. Wichtig, ist trotz allem nicht die einfachen Scheinlösungen zu suchen, nicht das moralisch Richtige plötzlich als naiv zu sehen, nicht zu denken, dass alles schwarz oder weiß ist.

Es ist toll, wenn man sich für Politik interessiert, sich um die Zukunft Deutschlands Sorgen macht und versucht Lösungen zu finden. Am Campus existieren viele politische Hochschulgruppen. Hier wird gerne rege diskutiert, Möglichkeiten abgewogen und mit Entscheidungsträgern gesprochen. Jeder kann mitmachen, jede Meinung darf gesagt werden und man versucht, den Anderen zu verstehen.

Alle, die es genauso einschüchtert, dass man manche Angehörigen und Bekannte nicht wiedererkennt, die entmutigt sind, weil ihnen so viel Hass entgegen schlägt, ihr seid nicht allein! Und es ist nicht das erste Mal, dass wir uns wieder damit auseinandersetzen müssen!

von Florian Breuer

„Dies ist das Land, in dem so viele schweigen
Wenn Verrückte auf die Straße gehen
Um der ganzen Welt und sich selbst zu beweisen
Dass die Deutschen wieder die Deutschen sind
Diese Provokation, sie gilt mir und dir
Denn auch du und ich, wir kommen von hier
Kein Ausländer, der uns dabei helfen kann
Dieses Problem geht nur uns allein was an
Ich hab keine Lust, noch länger zuzusehn
Ich hab's satt, nur zu reden und rumzustehn
Vor diesem Feind werde ich mich nicht umdrehn
Es ist auch mein Land
Es ist auch dein Land
Steh auf und hilf, dass blinder Hass es nicht zerstört“
(Die Toten Hosen, Willkommen in Deutschland, 1993)

Erste Nacht der Wissenschaft

Über 1000 Wissensdurstige

Wettrüsten gegen Bakterien? Dissertationen ohne Plagiate und Drohnen im Rettungseinsatz? Wie arbeiten Mensch und Maschine Hand in Hand? Beeinflusst Saharastaub unser Wetter? Wie erkennt man Weinfälschungen und Brustkrebs? Und wer forscht mit Crowdfunding?

Du fragst dich, wie all das zusammen passt? Dann warst du wohl nicht bei der Nacht der Wissenschaft am Freitag, 29.01.16 im Chemiegebäude. Denn dies waren nur einige der Themen, die bei der ersten Veranstaltung dieser Art in Karlsruhe vorgestellt wurden. Zu studentenfreundlichen Zeiten, also von 20:00 bis 4:00 Uhr, boten 20 Referenten aus 10 verschiedenen Fachbereichen Einblick in ihre Themengebiete.

Zum Beispiel stellte Herr Prof. Dr. Möser gescheiterte Technikräume wie etwa das Turbinenauto, die Trockenlegung des Mittelmeers oder das Atomluftschiff vor und zeigte, dass solche Misserfolgsgeschichten nicht nur technische Ursachen haben, sondern oft auch gesellschaftliche oder kulturelle.

Über 600 Besucher gleichzeitig füllten die Hörsäle, während beispielsweise Dr. Rudat in seinem Vortrag "Penicillin & Co" auf witzige Art auf das Problem der Bakterienresistenz gegen Antibiotika aufmerksam machte oder Prof. Dr. Schwetz-Mangold erklärte, was es mit der Neutrinoszillation auf sich hat, deren Entdeckung 2015 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Dem Namen „Nacht der Wissenschaft“ endgültig gerecht wurde Prof. Dr. Hohmann vom IRS. Dieser stellte topfit morgens um kurz nach zwei Uhr auf humorvolle und charmante Weise die Systemtheorie als Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine vor. Trotz der späten Stunde zeigte er dabei dem begeisterten Publikum seine Fahrkünste auf einem Segway. Zwischen den Vorträgen konnten sich die insgesamt über 1000 Gäste bei Essen und Getränken untereinander und mit den Referenten austauschen.

Fotos und erste Eindrücke des Abends findest du auf

www.ndw-ka.de.



Noch vier Punkte zum Abschluss:

- Du glaubst, dass du etwas verpasst hast? Alle Infos gibt es in Zukunft über den NdW-Newsverteiler. Trage dich ein, indem du eine leere E-Mail an news-join@ndw-ka.de schickst (und wenn es dir doch nicht gefällt – austragen ist jederzeit wieder möglich ;))
- Dir hat etwas besonders gut oder gar nicht gefallen? Feedback zu den Vorträgen und zur Organisation ist ausdrücklich erwünscht. Schreib einfach an info@ndw-ka.de.
- Fundsachen von der Veranstaltung gibt es übrigens im AStA.
- Nur Zuhören ist dir zu langweilig? Dann mach mit! Die Nacht der Wissenschaft wird vollständig ehrenamtlich von motivierten Studierenden organisiert. Du kannst gerne mitmachen! Schreib uns (auch an info@ndw-ka.de)

von der Nacht der Wissenschaft-HSG

*Danke an AStA, AKK, KIT
und alle Helfer*



Mitmachen in der VS

Du willst den Campus fahrradfreundlicher gestalten? Dann komm zur Projektgruppe Fahrradcampus!

Eine unserer Ideen ist, auf dem Campus Reparaturmöglichkeiten für Fahrräder bereitzustellen. Dies soll in Form von Pump- und Reparaturstationen, sowie einer betreuten Fahrradwerkstatt geschehen. Darüber hinaus wirken wir auf das KIT und die Stadt ein, den Campus und seine Umgebung fahrradfreundlicher zu gestalten.

Du kannst gerne deine eigenen Ideen einbringen. Schau einfach auf unserem nächsten Treffen am **Dienstag, 01.03. um 10 Uhr im AStA Büro in der Mensa** vorbei, lerne uns kennen und hilf mit!

Mehr Informationen auf: www.asta-kit.de/wiki/fahrrad
oder schreib uns eine E-Mail: fahrradcampus@asta-kit.de

Wie entsteht eigentlich das Unifest? Und was hat das mit mir zu tun?

Das letzte Unifest im Sommer 2015 war ein voller Erfolg: Über 10.000 Menschen feierten auf dem Campus – vielleicht warst auch du dabei.

Das Konzept ist: Livemusik, Kultur, Mitmachprogramm, Floors und natürlich viele kühle Getränke. Doch dahinter steckt noch einiges mehr: Eine Gruppe engagierter Studis, die das Unifest komplett ehrenamtlich organisieren. Dabei steht noch längst nicht alles fest, viel ist noch zu planen und zu entscheiden.

Wenn auch du das nächste Unifest gestalten willst, ist jetzt deine Chance! Von der Bandauswahl über Sponsoriensakquise, Getränkeplanung, Technik, Security, Marketing bis zur Müllabfuhr muss eine Menge bedacht werden. Egal ob Neuling oder alter Hase – helfende Hände und neue Ideen sind immer gesucht!

Komm einfach mal zur Sitzung des Festkomitees (Donnerstags 18:00 Uhr) in den AStA oder schreib an unifest@asta-kit.de.

Du musst erstmal lernen? Macht nichts – auch im Mai suchen wir noch viele tatkräftige Menschen und am 18. Juni hast du bestimmt noch nichts vor ;-)